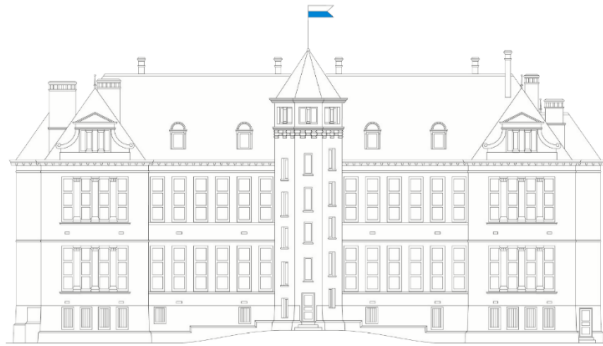


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## EDITORIAL

*Liebe europapolitisch Interessierte!*

Spüren Sie auch so etwas wie ein Gefühl der Erleichterung? Nach wie vor begleiten uns Corona und die Pandemie sehr eng, aber allem Anschein nach haben wir die dritte Welle gebrochen. Das sollte uns zusätzlich Optimismus bei der Bewältigung der Pandemie geben. Denn flächendeckend sinken die Ansteckungen, die Inzidenzen und die Positivtests; zugleich schreiten die Impfungen gut voran. Im Ergebnis heißt das: Zunehmend gibt es wieder mehr Möglichkeiten für unser gewohntes Leben. Das tut gut und lässt zuversichtlich nach vorne schauen. Trotz oder vielleicht gerade deswegen dürfen wir aber nicht aus den Augen verlieren, dass der gemeinsame Kampf gegen COVID-19 noch nicht beendet ist.



Als sozusagen Bayerische Außenministerin blicke ich daher mit einiger Sorge auf die weltweite Entwicklung der Pandemie, auf die Impfmöglichkeiten und den notwendigen Wiederaufschwung.

Denken wir nur an den indischen Subkontinent, auf dem die Corona-Situation unverändert dramatische Ausmaße annimmt und eine hohe Zahl an Opfern fordert. Wir haben daher in Bayern entschieden, Indien und den Betroffenen zu helfen: Letzte Woche habe ich 100 medizinische Beatmungsgeräte aus dem bayerischen Pandemiezentallager symbolisch an den indischen Generalkonsul Mohit Yadav übergeben können. [Foto] In den kommenden Tagen werden die Geräte in Koordination mit dem Bund auf ihren Weg nach Indien gebracht. Diese Maßnahme ist ein Akt der Humanität und Solidarität mit einem engen Partner Bayerns, der sich in einer akuten Notlage befindet. Generalkonsul Yadav twitterte: „Jedes Leben zählt und jede Geste macht einen Unterschied.“

Dieser Tweet ist für mich zugleich ein Denkanstoß. Denn mit Corona sind die großen weltweiten Herausforderungen Klima und Frieden etwas in den medialen Schatten gerückt. Wie akut sie sind, hat dieser Tage die erneute Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts gezeigt. Schockiert haben mich in diesem Zusammenhang antisemitische Äußerungen in Deutschland und anderen Teilen Europas, für die scheinbar der neu entflammte Nahost-Konflikt als willkommener Anlass gedient hat. Gerade deshalb finde ich es schade, dass in einem eilig einberufenen Sondertreffen der 27 EU-Außenminister am 18. Mai selbst nach stundenlangem Ringen keine einheitliche europäische Position formuliert werden konnte.



Unter Demokraten sind wir uns jedoch einig: Die Geschichte darf sich nicht wiederholen – das ist meine tiefe Überzeugung und das zeigt sich zugleich im konsequenten Handeln Bayerns: Vor diesem Hintergrund haben wir 2018 in Tel Aviv ein Bayerisches Büro eröffnet, das einen Beitrag dazu leisten möchte, miteinander ins Gespräch zu kommen, Verständnis und Vertrauen aufzubauen, gemeinsam Dinge anzugehen und für eine bessere Zukunft Perspektiven zu eröffnen – gerade auch unter Einbindung der jungen Menschen.

Es sind Wochen, die uns Europäer in Atem halten. Die aktuelle Ausgabe des Europaberichts bietet daher umso mehr wieder die Möglichkeit, das aktuelle Geschehen zu reflektieren. Freuen Sie sich auf viele interessante europapolitische Einblicke. Bis bald!

*Ihre Melanie Huml*



EDITORIAL .....	2
<b>POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT .....</b>	<b>9</b>
EUROPÄISCHES PARLAMENT .....	9
Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 17.05.2021 - 20.05.2021: COVID-19-Zertifikat, - Impfstoffpatente und Wiederaufbau nach Corona, Green Deal, Migration, China und Türkei.....	9
PORTUGIESISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT .....	11
Europäischer Rat in Porto: Soziale Dimension Europas stärken und Beziehungen zu Indien ausbauen	11
Verteidigungsminister öffnen PESCO-Projekt für USA, Kanada und Norwegen .....	11
Außenminister beraten über die EU-Erweiterung im Westbalkan und über die Transatlantischen Beziehungen.....	12
Europaminister nehmen Impfstrategie der EU und die internationale Impfstoffversorgung in den Blick ..	12
EU-Außenminister beraten über Israel und Palästina – gemeinsame Haltung bleibt jedoch aus.....	13
INSTITUTIONELLES.....	13
Offizieller Startschuss der Konferenz zur Zukunft der EU.....	13
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN .....	13
EU rügt Russlands Einstufung Tschechiens und der USA als „unfreundlicher Staaten“ .....	13
Bergkarabach: EU bringt ein zusätzliches Hilfspaket in Höhe von 10 Mio. € auf den Weg .....	14
Sahelzone und Zentralafrika: EU sagt 210 Mio. € für humanitäre Hilfe zu .....	14
Team Europe-Initiative für Afrikanische Unternehmer .....	14
MEDIEN .....	15
Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Förderung des Mediensektors an .....	15
<b>STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION .....</b>	<b>16</b>
COVID-19.....	16
Rat und Europäisches Parlament erzielen politische Einigung zum digitalen grünen Pass .....	16
Israel auf Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten.....	16
Überarbeitung der Ratsempfehlung zur Einreise aus Drittstaaten: Lockerungen und Notbremse .....	17
DATENSCHUTZ.....	17
Plenardebatte zum Datenaustausch mit den USA und dem Vereinigten Königreich.....	17
KATASTROPHENSCHUTZ.....	18
Überarbeitung des EU-Katastrophenschutzverfahrens vom Rat gebilligt .....	18
BEKÄMPFUNG VON KINDESMISSBRAUCH IM INTERNET .....	18
Politische Einigung zur Übergangsverordnung zur Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs online erzielt.....	18
SCHENGEN .....	19
Zweites Schengen-Forum gibt Ausblick auf neue Schengen-Strategie .....	19



CYBERSICHERHEIT .....	19
Europäisches Parlament gibt grünes Licht für Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in Bukarest .....	19
ASYL UND MIGRATION .....	19
Legale Migration: Politische Einigung zur Blue Card Richtlinie erzielt .....	19
EuGH urteilt zu „Folgeanträgen“ auf internationalen Schutz bei vorheriger Ablehnung durch Norwegen	20
Europäisches Parlament fordert Schutz der Menschenrechte in der externen EU-Migrationspolitik.....	20
RASSISMUS .....	20
Kommission ernennt erstmals Anti-Rassismus-Koordinatorin .....	20
SPORT .....	21
Tagung des Rats der EU-Sportminister: Sportinnovation und Sportdiplomatie .....	21
Europäisches Parlament fordert schnelle Entfernung illegaler Live-Streams von Sportveranstaltungen .	21
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR .....</b>	<b>22</b>
LUFTVERKEHR .....	22
Portugiesische EU-Ratspräsidentschaft veranstaltet Tag der Luftfahrt .....	22
SCHIENENVERKEHR .....	22
BMVI veranstaltet Schienengipfel zum Europäischen Jahr der Schiene 2021 .....	22
Kommission gibt Fahrplan des Sonderzugs Connecting Europe Express bekannt .....	22
BAUEN UND WOHNEN.....	23
Housing Europe veröffentlicht Studie zur Lage der Wohnungswirtschaft in Europa 2021 .....	23
<b>STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....</b>	<b>24</b>
Aussprache im Europäischen Parlament zu Patentschutz für COVID-19-Impfstoffe.....	24
Kommission kritisch gegenüber Beitrittsersuchen des Vereinigten Königreichs zum Lugano-Übereinkommen .....	24
Öffentliche Konsultation zu Anerkennung der Elternschaft.....	25
EuGH urteilt zu Verbot der Doppelbestrafung bei Festnahmeersuchen von Interpol .....	25
EuGH entscheidet zur Rechtstaatlichkeit in Rumänien.....	26
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS .....</b>	<b>27</b>
Bildungsministerrat der EU: EU-Bildungsminister/innen tauschten sich über die Zukunft der Initiative „Europäische Hochschulen“ aus.....	27
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST .....</b>	<b>28</b>
EU-Bildungsministerrat befasst sich schwerpunktmäßig mit Hochschulbildung .....	28
Sitzung des Kultur- und Medienministerrates.....	28
Erklärung aus der Kommission anlässlich des Welttages der kulturellen Vielfalt für Dialog und Entwicklung.....	29
Europäisches Parlament verabschiedet die Programme Erasmus+ und Kreatives Europa abschließend.....	29



Mitteilung der Kommission zur Strategie für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation .....	30
Programm für die Research & Innovation Days 2021 veröffentlicht .....	30
Kommission ernennt zwei neue Mitglieder der Group of Chief Scientific Advisors .....	31
<b>STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT .....</b>	<b>32</b>
Kommission veröffentlicht Frühjahrsprognose 2021 .....	32
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...</b>	<b>33</b>
<b>WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE .....</b>	<b>33</b>
Kommission legt überarbeitete Industriestrategie vor .....	33
Kommission legt Mitteilung über die Unternehmensbesteuerung im 21. Jahrhundert vor.....	33
EU-COVID-19-Sicherheitslabel für den Tourismusbereich .....	33
Kommission veröffentlicht Leitfaden zu EU-Förderungen im Tourismusbereich .....	34
Fonds für einen gerechten Übergang: Europäisches Parlament nimmt Verordnung an .....	34
Kartellrecht: Mitteilung der Beschwerdepunkte gegen Apple .....	34
Kartellrecht: Kommission veröffentlicht Evaluierungsergebnisse zu Vorschriften für horizontale Vereinbarungen zwischen Unternehmen .....	35
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Gemeinschaftsunternehmen E-VITA durch Fraunhofer und Ceravis.....	35
Konsultation zu pharmazeutischen Fusionen.....	36
Taxonomie: Konsultation zu delegiertem Rechtsakt zur Veröffentlichung von Informationen .....	36
Konsultation zur Strategie für EU-Kleinanleger .....	36
Konsultation zum Schutz geografischer Angaben für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse .....	36
Fahrplan für eine Strategie für Aufsichtsdaten im EU-Finanzsystem.....	37
<b>TECHNOLOGIE UND INNOVATION .....</b>	<b>37</b>
Mitteilung der Kommission zur Strategie für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation angenommen .....	37
<b>AUßENWIRTSCHAFT.....</b>	<b>37</b>
Kommission legt Verordnungsvorschlag über wettbewerbsverzerrende Subventionen aus Drittstaaten vor .....	37
EU-USA: Gemeinsame Erklärung zu weltweiten Überkapazitäten bei Stahl und Aluminium .....	38
EU-Indien-Gipfel: Austausch zu Handelsbeziehungen .....	38
Güter mit doppeltem Verwendungszweck: Annahme im Rat .....	38
Kommission veröffentlicht neue Methodik zur Bewertung der Umweltfolgen von Handelsabkommen ....	39
<b>ENERGIE .....</b>	<b>39</b>
Europäisches Parlament nimmt Entschlüsseungen zur Wasserstoffstrategie und zur Strategie für die Integration der Energiesysteme an.....	39



Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt deutsche Förderregelung für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen .....	39
Konsultation zur Plattform für die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energie.....	40
Kommission veröffentlicht Fahrplan zum Arbeitsplan für Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung 2020 - 2024 .....	40
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ .....</b>	<b>41</b>
UMWELT.....	41
Kommission legt neue Methode zur Bewertung der Umweltfolgen von Handelsabkommen vor.....	41
Europäisches Parlament nimmt Verordnung zum Fond für einen gerechten Übergang an .....	41
Kommission veröffentlicht Mitteilung „Neuer Ansatz für eine nachhaltige blaue Wirtschaft in der EU“ ....	41
Kommission verabschiedet Leitlinien für eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Aquakultur .....	42
Kommission veröffentlicht Aktionsplan zur Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden .....	42
Kommission leitet Konsultation zur EU-Strategie für nachhaltige Textilien ein.....	43
Umweltausschuss nimmt Kompromisstext zum Europäischen Klimagesetz an .....	43
EuGH bestätigt Verbot der Kommission von Neonicotinoiden .....	44
Europäisches Parlament billigt politische Einigung über LIFE-Verordnung .....	44
VERBRAUCHERSCHUTZ .....	45
Kommission leitet Konsultation zur Kennzeichnung ökologisch/biologischer Produktion ein .....	45
Kommission leitet Konsultation zur jährlichen Berichterstattung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen ein .....	45
Kommission leitet Konsultation zum Pharmakovigilanzsystem für Tierarzneimittel ein .....	45
Kommission leitet Konsultation zu Vorschriften für den Vertrieb von Wirkstoffen in Tierarzneimitteln ein	46
Kommission startet Konsultation zu Digitalgrundsätzen .....	46
EFSA stuft Titandioxid als unsicher ein .....	46
Kommission veröffentlicht Fahrplan zum Arbeitsplan für Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung 2020 - 2024 .....	47
Kommission leitet Konsultation zur REACH-Verordnung ein.....	47
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Gefahrenklassifizierung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien .....	47
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES.....</b>	<b>49</b>
Staats- und Regierungschefs betonen bei informeller Tagung die soziale Dimension Europas .....	49
Plattform für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze soll Qualifizierungslücke in Europa schließen .....	49
Abgeordnete fordern besseren Schutz für mobile Arbeitnehmer in Krisensituationen .....	50
EU unterstützt Freiwilligentätigkeiten im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps .....	50
Mitgliedstaaten wollen Teilhabe junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen stärken .....	50
EU-Parlamentarier fordern Änderung restriktiver Abtreibungsgesetze .....	50
Arbeitgeberverbände üben Kritik an Richtlinie über einen Rahmen für angemessene Mindestlöhne .....	51





<b>STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE .....</b>	<b>52</b>
Trilog-Einigung zum digitalen COVID-Zertifikat.....	52
Kommission unterzeichnet dritten Impfstoff-Vertrag mit Pfizer/BioNTech .....	52
Europäische Arzneimittel-Agentur erleichtert Lagerung des Coronavirus-Impfstoffs von Pfizer/BioNTech .....	53
EU-Gremium aktualisiert Liste anerkannter COVID-19-Antigen-Schnelltests.....	53
Kommission startet öffentliche Konsultation zur EU-Gesetzgebung über Kinderarzneimittel und Arzneimittel für seltene Erkrankungen.....	54
Kommission stellt europäische Strategie für COVID-19-Therapeutika vor .....	54
Kommission legt überarbeitete Industriestrategie vor .....	55
Kommission startet öffentliche Konsultation zur Patientenmobilitätsrichtlinie .....	55
Kommission startet öffentliche Konsultation zum Europäischen Gesundheitsdatenraum .....	56
Kommission unterstützt Arbeiten an einem internationalen Pandemievertrag.....	56
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES .....</b>	<b>57</b>
Kommission startet Konsultation zu Digitalgrundsätzen .....	57
Kommission legt überarbeitete Industriestrategie vor .....	57
Fünfter EU-Datathon: Wettbewerb der Kommission für Open Data Anwendungen .....	57
Plenum des Europäischen Parlaments nimmt Initiativbericht zu KI in Bildung, Kultur und audiovisuellem Sektor an.....	58





## POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

### EUROPÄISCHES PARLAMENT

#### Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 17.05.2021 - 20.05.2021: COVID-19-Zertifikat, - Impfstoffpatente und Wiederaufbau nach Corona, Green Deal, Migration, China und Türkei

Die Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (EP) fand pandemiebedingt erneut in Brüssel im Hybridformat statt. Überschattet war sie vom schwersten **Gewaltausbruch im Nahen Osten** seit dem Jahr 2014. Die Abgeordneten fordern ein sofortiges Ende der Gewalt und beklagen die zivilen Opfer in Israel und Palästina. Sie fordern einen raschen Dialog für eine politische Lösung. Große Sorge gibt den Abgeordneten die in diesem Zusammenhang in vielen Teilen Europas erfolgten antisemitischen Reaktionen.

Die Debatte über Aufhebung der **COVID-19-Impfstoffpatente** brachte keine abschließende Haltung. Fürsprecher sehen eine eventuelle Beschleunigung der Impfstoffversorgung in Schwellen- und Entwicklungsländern. Dagegen bestehen Zweifel, schwerer wiegt jedoch die Befürchtung, dass eine Aussetzung des Patentschutzes zukünftig Forschung und Innovation in Europa ausbremse. Es wurde vorgeschlagen, Anreize für freiwillige Lizenzvergaben, zum Wissens- und Technologietransfer sowie zur Förderung der Produktionsmöglichkeiten, u. a. in Afrika, zu schaffen.

Am Rande der Tagung erzielten die Verhandlungsführer von Parlament, Rat und Kommission einen vorläufigen Durchbruch für das **EU-COVID-19-Zertifikat**. Es soll bescheinigen, entweder digital oder auf Papier, dass eine Person gegen das Virus geimpft, getestet oder genesen ist und zwölf Monate gelten. Es sei jedoch keine Voraussetzung für die Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit. Von seiner Forderung nach Kostenfreiheit für Tests musste das Parlament abrücken. Für „erschwingliche und zugängliche Tests“ hat die Kommission jedoch mindestens 100 Mio. € im Rahmen des Soforthilfeinstruments der EU zugesagt. Dies solle v. a. Personen zukommen, die täglich oder häufig Grenzen überqueren, um zur Arbeit oder zur Schule zu gehen, nahe Verwandte zu besuchen, für medizinische Versorgung oder sich um Angehörige zu kümmern.

In einer Resolution auf Initiative des EVP-Fraktionsvorsitzenden *Manfred Weber* fordern die Abgeordneten mit großer Mehrheit, unmittelbar alle relevanten Informationen für eine parlamentarische Kontrolle der **Nationalen Wiederaufbau- und Resilienzpläne** zu erhalten, auch schon während deren Prüfung. Bisher haben 18 Mitgliedstaaten (Stand 18.05.2021) ihre Pläne bei der Kommission vorgelegt (Stichtag war eigentlich 30.04.2021). Die Kommission hat für ihre Prüfung zwei Monate.

Für die Umsetzung des **Green Deal** haben die Abgeordneten mit ihrer Zustimmung zum **Fonds für einen gerechten Übergang** (Just Transition Fund, JTF) am Mittwoch einen bedeutenden Meilenstein gesetzt. Der Fonds umfasst 17,5 Mrd. € (7,5 Mrd. € aus dem regulären EU-Haushalt und 10 Mrd. € aus dem Corona-Wiederaufbauinstrument). Als Teil des Green Deal wurde dann das Thema **Wasserstoff** diskutiert. Hierzu hatte die Kommission im vergangenen Jahr eine europäische Strategie vorgeschlagen. Das Parlament spricht sich für den Ausbau dieser Technologie aus, um CO<sub>2</sub>-Emissionen in Europa zu reduzieren. Wasserstoff solle



insbesondere in Industrie und im Luft-, See- und Schwerlastverkehr zum Einsatz kommen. Das Thema wurde kontrovers diskutiert was in 2/5 Gegenstimmen und Enthaltungen resultierte.

Mit Blick auf **China** verweigern die Abgeordneten jegliche weiteren Verhandlungen um mögliche Handelsabkommen, v. a. um das aktuelle Investitionsabkommen. Dieser Beschluss wurde am Donnerstag mit klarer Mehrheit gefasst. Hintergrund sind Sanktionen, die kürzlich von den chinesischen Behörden gegen mehrere europäische Einzelpersonen und Einrichtungen, darunter fünf Europaabgeordnete, verhängt wurden. Die Abgeordneten erklären, dass der Schritt Pekings ein Angriff auf die Grundfreiheiten sei und fordern die chinesischen Behörden auf, diese unbegründeten und ungerechtfertigten restriktiven Maßnahmen aufzuheben.

Weitere wesentliche Inhalte bzw. Ergebnisse der Plenartagung:

- **Migration / Schutz vor Menschenrechtsverletzungen:** Die Abgeordneten fordern die Kommission auf, formelle Rückübernahmeabkommen mit Drittstaaten für abgelehnte Asylbewerber abzuschließen, um deren Rechtsstellung (vor allem Zugang zu Gerichten) zu verbessern.
- **Migration / Blue-Card-System:** Eine vorläufige Einigung zwischen Parlament und Rat zur Steigerung der Attraktivität des Blue Card-Systems für hochqualifizierte Drittstaatsangehörige wurde erzielt. Nun soll u. a. ein Stellenangebot von sechs statt zwölf Monaten sowie ein dem Durchschnitt im Mitgliedstaat entsprechendes Gehalt ausreichen. Darüber hinaus fordern die Abgeordneten im Licht benötigter Arbeitskräfte Vorschläge für legale Migration.
- **Bildung und Kultur:** Verabschiedung von Erasmus+ sowie des Förderprogramms „Kreatives Europa“. Die Budgets wurden mit 28 Mrd. € bzw. 2,5 Mrd. € gegenüber den Vorgängerversionen jeweils verdoppelt. Erasmus+ sieht nun verstärkte Förderung von Personen mit geringeren Möglichkeiten und auch Erwachsenenbildung vor, „Kreatives Europa“ neben Film- und Kulturförderung auch die Unterstützung von Nachrichtenmedien und Talentförderung von Frauen.
- **Freiwilligendienst:** Verabschiedung des „Europäischen Solidaritätskorps“, eines nun mit eigenem Budget ausgestatteten Programms für 18 - 30-Jährige – insbesondere solche mit geringeren Möglichkeiten –, sich freiwillig in einem EU-Land zu engagieren.
- **Unterstützung bei Natur-/Klima-Katastrophen:** Billigung von 397,5 Mio. € aus dem Europäischen Solidaritätsfonds (EUSF) für 17 Mitgliedstaaten (u. a. Deutschland) sowie Albanien, Montenegro und Serbien zur Bewältigung der Pandemie. Der EUSF soll nach Meinung der Abgeordneten einfacher und schneller werden.
- **Umwelthaftung und Ökozid:** Plädoyer für vollständig harmonisierte Umwelthaftungsrichtlinie für alle in der EU tätigen Unternehmen sowie für Aktualisierung der Umweltkriminalitätsrichtlinie, um neue Arten von Umweltstraftaten zu erfassen; Europäische Staatsanwälte sollen hierfür zuständig werden.



- **Medien:** Forderung einer Sperrung illegaler Liveübertragungen von Sportereignissen im Internet (unterfallen nicht dem Schutz geistigen Eigentums) und Haftung der entsprechenden Streaming-Anbieter.
- **Außenbeziehungen / Türkei:** Die Abgeordneten sehen die Beziehungen mit der Türkei auf einem historischen Tiefpunkt und fordern die Kommission auf, die formelle Aussetzung der Beitrittsverhandlungen zu empfehlen, sollte sich der derzeitige Trend nicht umkehren. Insbesondere die Feindseligkeit der türkischen Außenpolitik gegenüber Griechenland und Zypern sowie das Engagement in Libyen, Syrien und Bergkarabach unterstrichen die Kollision der türkischen Interessen mit denjenigen der EU.

[Pressemitteilungen des EP](#) (in englischer Sprache)

## PORTUGIESISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT

### Europäischer Rat in Porto: Soziale Dimension Europas stärken und Beziehungen zu Indien ausbauen

Am 07./08.05.2021 tagten die 27 Staats- und Regierungschefs der EU bei einem informellen Europäischen Rat in Porto, Portugal. Das Gipfeltreffen erfolgte im Hybrid-Format, u.a. Bundeskanzlerin *Angela Merkel* und der niederländische Premier *Mark Rutte* erbatene eine virtuelle Teilnahme. Im Mittelpunkt standen die Stärkung und Umsetzung der sozialen Säule Europas samt einer Verabschiedung der sogenannten „Porto-Erklärung“ zur sozialen Dimension Europas. Im Weiteren folgte ein Austausch zur Koordinierung der COVID-19-Maßnahmen und zum US-Vorstoß für eine Aussetzung von Patenten auf Corona-Impfstoffe. Am Rande wurde, forciert von Tschechien, die Beziehungen zu Russland angesprochen. Hierauf wird das Sondertreffen der 27 Staats- und Regierungschefs am 24./25.05.2021 zurückkommen. Zweiter Schwerpunkt des informellen Rats war eine Videokonferenz mit Indiens Premierminister *Narendra Modi*. Indien dankte Eingang für die schnelle Hilfe angesichts der dramatischen Pandemie-Entwicklung. Ein wesentliches Ergebnis des Austausches ist, dass die seit 2013 gestoppten Gespräche über ein Freihandelsabkommen wieder aufgenommen werden. Zudem sollen Verhandlungen über ein eigenständiges Investitionsschutzabkommen folgen. Auch der Schutz von geografischen Herkunftsangaben samt einem Abkommen wurde avisiert (siehe hierzu auch Beiträge aus dem Bereich des StMAS und des StMWi in diesem EB).

[Tagungsseite des Europäischen Rats](#), [Tagungsseite des EU-Indien-Gipfels](#)

### Verteidigungsminister öffnen PESCO-Projekt für USA, Kanada und Norwegen

Am 06.05.2021 tagt der Rat in der Formation „Auswärtige Angelegenheiten / Verteidigung“. Die 27 Verteidigungsminister nahmen u. a. in den Blick: Das PESCO-Projekt „Militärische Mobilität“ soll erstmals als solches gemeinsam mit Nicht-EU-Staaten durchgeführt werden. Namentlich werden die USA, Kanada und Norwegen teilnehmen. Gerade die USA hatten in der Vergangenheit deutliche Kritik an den exklusiven europäischen Projekten geübt und mit Vergeltung im Sinne von Ausschluss europäischer Firmen an



amerikanischen Projekten im Militärbereich gedroht. Zur Partnerschaft mit der NATO folgte ein informeller Austausch mit NATO-Generalsekretär *Jens Stoltenberg*. Wesentlich ist für beide Seiten die Einsätze im Mittelmeer wirksamer zu verzahnen (NATO-Operation Sea Guardian und der EU-Operation IRINI) und in Afghanistan Sicherheit und Stabilität trotz geplanten Truppenabzug zu erhalten. Die Verteidigungsminister vertieften sich dann zum „Krisenmanagement“ des geplanten Strategischen Kompass. Dabei vereinbarten die Minister eine First Responder-Einheit mit dem Titel „Initial Entre Force“ zu prüfen.

[Tagungsseite des Auswärtigen Rats](#)

### **Außenminister beraten über die EU-Erweiterung im Westbalkan und über die Transatlantischen Beziehungen**

Am 10.05.2021 tagte der Rat in der Formation „Auswärtige Angelegenheiten“. Die Außenminister bekräftigten erneut die Europäische Perspektive für den gesamten Westbalkan. Dabei läge nicht nur die EU-Erweiterung, sondern vielmehr das gemeinsame politische Engagement im Interesse, z. B. im Bereich externer Einflussnahme, Desinformation, sicherheitspolitischer Dialog. Die Länder des Westbalkan müssten aber ihre Reformen forcieren. EU-Seits sehen die Minister die Notwendigkeit den Beitrittsprozess mit Albanien und Nordmazedonien zu beschleunigen und forderten nochmals alle Mitgliedstaaten auf, ihren Teil dazu beizutragen. Zweiter Schwerpunkt bildete eine Debatte über die transatlantischen Beziehungen. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sehen die Außenminister für die kommende Zeit v. a. in den Bereichen Beziehungen mit China und Russland, Zölle Airbus/Boing, die Lage in Myanmar sowie der globalen Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens. Hierzu folgte ein Austausch mit dem Sonderbeauftragten des US-Präsidenten für Klima, *John Kerry* und dem Exekutiven Vizepräsidenten der Kommission, *Frans Timmermans*.

[Tagungsseite des Auswärtigen Rats](#)

### **Europaminister nehmen Impfstrategie der EU und die internationale Impfstoffversorgung in den Blick**

Am 11.05.2021 tagte der Rat in der Formation „Allgemeine Angelegenheiten“. Das Treffen fand erstmals seit Oktober 2020 wieder in Präsenz in Brüssel statt. Es diente in erster Linie dem Austausch. Wesentliche Themen waren COVID-19-Impfstoffe und die EU-Impfstrategie 2021/2022. Mit Blick auf die Sommersaison gab es unter den Ministern abermals eine Debatte über Reisen in die EU sowie innerhalb der EU. Im Weiteren folgte ein Ausblick auf den Europäischen Rat am 24./25.05.2021. Der Sondergipfel soll v. a. die Themen Klimawandel, Vereinigtes Königreich, Russland und COVID-19 adressieren. Zur EU-Erweiterung im Westbalkan sollen sich dann im Juni die 27 Staats- und Regierungschefs befassen. Für Nordmazedonien und Albanien wünschen sich die Europaminister möglichst bald die Regierungskonferenzen einberufen zu können. Knackpunkte seien aber u.a. Rechtstaatlichkeit und Annäherung an die EU. Abschließend folgte ein Sachstand zu den Verhandlungen mit der Schweiz über die zukünftigen Beziehungen. Strittig seien v. a. die Themen Löhne, entsandte Arbeitnehmer, Staatsbeihilfen sowie Freizügigkeit.



[Tagungsseite des Allgemeinen Rats](#) (in englischer Sprache)

### EU-Außenminister beraten über Israel und Palästina – gemeinsame Haltung bleibt jedoch aus

Am 18.05.2021 trafen sich die 27 Außenminister der EU zu einem informellen Sondertreffen zur Lage in Israel und Palästina und den seit 2014 schwersten Zusammenstößen im Nahost-Konflikt. Nach zähem Ringen konnte allerdings keine gemeinsame Antwort formuliert werden. Die Ergebnisse des informellen Austausches wurden als Statement des Hohen Vertreters zusammengefasst. Dieses wird von 26 Ministern allgemein getragen. Wesentliche Inhalte sind: Priorität muss die sofortige Einstellung jeglicher Gewalt, die Einsetzung eines sofortigen Waffenstillstands, der Schutz der Zivilgesellschaft sowie humanitäre Hilfe haben. Die zivilen Opfer sind inakzeptabel. Der Status der heiligen Stätten ist sicherzustellen – es besteht das Recht zur freien Religionsausübung. Es darf keine weiteren Vertreibungen mehr geben. Sicherheit für Israel und Palästina muss auf eine gesicherte politische Lösung setzen, die Zukunft und Stabilität gibt.

[Tagungsseite des Auswärtigen Rats](#) (in englischer Sprache)

## INSTITUTIONELLES

### Offizieller Startschuss der Konferenz zur Zukunft der EU

Am 09.05.2021 erfolgte in Straßburg der offizielle Start der Konferenz zur Zukunft der EU. Die Konferenz bietet allen Bürgern Europas sowie den Bürgern der EU-Beitrittskandidaten im Westbalkan die Möglichkeit ihre Meinungen, Vorstellungen und Vorschläge einzubringen und selbst die gemeinsamen Zukunft Europas mitzugestalten. Erste Ergebnisse sollen im Frühjahr 2022 unter französischer Ratspräsidentschaft vorgestellt werden. Bereits am 19.04.2021 wurde die digitale Plattform [#DieZukunftGehörtDir](#), [#TheFutureIsYours](#) freigeschaltet. Zur Beteiligung stehen Chat- und Onlinekommunikation zur Verfügung, europäische Bürgerdialoge sowie nationale, regionale und lokale Aktionen. Die Konferenz unter dem Hashtag [#CoFoE](#) (Conference on the Future of Europe) solle ein Angebot von Europa für Europa sein.

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments](#)

## INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

### EU rügt Russlands Einstufung Tschechiens und der USA als „unfreundlicher Staaten“

Stellvertretend für die EU hat am 15.05.2021 der Hohe Vertreter der EU, *Josep Borrell* Russlands neue Liste „unfreundlicher Staaten“ deutlich kritisiert. Russland hatte Tschechien sowie die USA Ende April 2021 in die Liste aufgenommen. Die von Moskau zwischenzeitlich vorgebrachten Vorwürfe zur Begründung der Listung seien unbegründet, so *Borrell*. Zugleich rügt er, dass die Listung gegen das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (kurz [WÜD 1961](#)) verstoße.

[Erklärung des Hohen Vertreters der EU](#) (in englischer Sprache)



### **Bergkarabach: EU bringt ein zusätzliches Hilfspaket in Höhe von 10 Mio. € auf den Weg**

Zur Stabilisierung und Sicherung des Friedens im Südkaukasus hat die Kommission am 17.05.2021 zusätzliche 10 Mio. € für humanitäre Hilfe zugesagt. Die sollen als Soforthilfe dienen, u. a. für Nahrungsmittel, Hygiene- und Haushaltsartikeln, Mehrzweck-Bargeldhilfen und Gesundheitsversorgung. Auch sollen diese psychosoziale Unterstützung, Bildung und Existenzsicherung ermöglichen. Die Hilfe soll den am stärksten vom Konflikt betroffenen Menschen, insbesondere Vertriebenen, Rückkehrern und Aufnahmegemeinschaften, zukommen. Insgesamt hat die EU den Menschen in der Region Bergkarabach somit nun eine Soforthilfe über 17 Mio. € zukommen lassen. Die gesamte humanitäre Hilfe der EU wird vor Ort gemeinsam mit UN-Organisationen, internationalen Hilfsorganisationen und weiteren Nichtregierungs-Partnern (NGO) koordiniert.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Sahelzone und Zentralafrika: EU sagt 210 Mio. € für humanitäre Hilfe zu**

Die EU hat am 11.05.2021 den Ländern der Sahelzone und Zentralafrikas für das Jahr 2021 210 Mio. € für humanitäre Hilfe zugesagt. Damit sollen Projekte in Burkina Faso, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Mali, Mauretanien, Niger und Nigeria unterstützt werden. Ziele sind Sofortmaßnahmen für die von Konflikten betroffenen Menschen und für die Gemeinschaften, die Menschen aufnehmen, die flüchten mussten, der Schutz gefährdeter Bevölkerungsgruppen und Unterstützung der Achtung des humanitären Völkerrechts und der humanitären Grundsätze, Unterstützung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Nahrungsmittelkrisen und schwerer akuter Unterernährung bei Kindern, Soforthilfen zur Grundversorgung der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen, insbesondere Gesundheitsversorgung und Bildung sowie Stärkung der Vorsorge gegenüber Krisen wie Vertreibungen oder Nahrungsmittel- oder Klimakrisen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Team Europe-Initiative für Afrikanische Unternehmer**

Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* hat am 18.05.2021 im Rahmen des hochrangigen Forums „Financing African Economies“ unter Einladung von Frankreichs Staatschef *Emmanuel Macron* eine weitere Team Europe-Initiative für Afrika angekündigt. Schwerpunkt liege auf der Förderung junger afrikanischer Unternehmer, Start-Ups sowie kleiner und mittlerer afrikanischer Unternehmen (KMU). Dies soll Hebel zu wirtschaftlichem (Wieder-)Aufschwung nach der Corona-Pandemie in Afrika für Afrika sein.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



## MEDIEN

### Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Förderung des Mediensektors an

Auf Basis des von der Kommission im Dezember vorgestellten Aktionsplans zur Unterstützung der Medien und ihres Wandels hat der Rat am 18.05.2021 Schlussfolgerungen zur Förderung des Sektors verabschiedet. Der Aktionsplan wird darin begrüßt und einige der dort vorgesehenen Maßnahmen als besonders dringlich bezeichnet, u. a. die Initiative „Media Invest“ zur Förderung der Kapitalbeteiligung an europäischen Produktionen. Mitgliedstaaten und Kommission werden mit zahlreichen Beispielen aufgefordert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen – vor allem durch Kooperationen mit Branchen- und anderen Organisationen –, den Mediensektor in seinem durch Globalisierung und Digitalisierung ausgelösten und durch die Pandemie verstärkten Wandel zu unterstützen.

[Pressemitteilung des Rates](#)





## STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

### COVID-19

#### Rat und Europäisches Parlament erzielen politische Einigung zum digitalen grünen Pass

Zum Legislativvorschlag der Kommission vom 17.03.2021 für ein digitales grünes Zertifikat zur Erleichterung der Personenfreizügigkeit (EB 08/2021) erzielten die Verhandlungsführer von Rat und Europäischem Parlament (EP) am 20.05.2021 eine vorläufige politische Einigung. Das Zertifikat soll als „digitales EU-Covid-Zertifikat“ bezeichnet werden und entweder in digitalem oder Papierformat verfügbar sein. Die Verordnung soll zwölf Monate gelten. Um erschwingliche Tests breiter verfügbar zu machen, verpflichtet sich die Kommission, mindestens 100 Mio. € im Rahmen des Nothilfeinstruments („Emergency Support Instrument“) zu mobilisieren. Die Mitgliedstaaten sollen grundsätzlich keine zusätzlichen Reisebeschränkungen wie Quarantäne- oder Testpflicht verhängen, es sei denn, sie sind zum Schutz der öffentlichen Gesundheit notwendig und verhältnismäßig; sie sollen spätestens 48 Stunden vorher der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten mitgeteilt werden.

Der LIBE-Ausschuss des EP wird bereits am 26.05.2021 über den erzielten Kompromiss abstimmen, das EP in der Plenarsitzung vom 07.06.2021 - 10.06.2021. Auch der Rat muss den Kompromiss noch förmlich bestätigen (siehe hierzu auch den Beitrag des StMGP in diesem EB).

[Pressemitteilung des EP vom 20.05.2021](#) (in englischer Sprache)

#### Israel auf Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten

Die in der Ratsempfehlung zur Einreise aus Drittstaaten in die EU in der Fassung vom 02.02.2021 enthaltene sog. Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten (EB 03/2021) wurde am 06.05.2021 – im Wege der turnusmäßigen Überprüfung – von den Mitgliedstaaten um Israel ergänzt. Die Einreise in die EU auch aus nicht unbedingt notwendigen Gründen soll daher aus folgenden Drittstaaten/Sonderverwaltungszone gestattet sein: Australien, Israel, Neuseeland, Ruanda, Singapur, Südkorea, Thailand sowie – vorbehaltlich der Bestätigung der Gegenseitigkeit – China, Hong Kong und Macau. Die nationale Umsetzung bleibt den Mitgliedstaaten überlassen.

Unabhängig davon einigten sich die Mitgliedstaaten darauf, die Ratsempfehlung als solche angesichts des weltweiten Impffortschritts auf einen entsprechenden Vorschlag der Kommission vom 03.05.2021 hin zu überarbeiten, sodass mit einer zeitnahen Aufnahme weiterer Drittstaaten auf die Positivliste zu rechnen ist (siehe hierzu gesonderter Beitrag in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates vom 06.05.2021](#)



## Überarbeitung der Ratsempfehlung zur Einreise aus Drittstaaten: Lockerungen und Notbremse

Am 03.05.2021 schlug die Kommission eine neuerliche Überarbeitung der Ratsempfehlung zur Einreise aus Drittstaaten in die EU vor, nachdem sie am 02.02.2021 zuletzt überarbeitet worden war (EB 03/2021). Der Vorschlag sieht einerseits – angesichts des kontinuierlichen weltweiten Impffortschritts – Lockerungen vor: So solle vollständig Geimpften die Einreise in die EU auch aus nicht unbedingt notwendigen Gründen gestattet sein. Außerdem solle der Schwellenwert zur Aufnahme eines Drittstaats auf die sog. Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten angehoben werden: entscheidend solle eine 14-Tage-Inzidenz von 100 (statt – wie bislang – 25) sein. Andererseits enthält der Vorschlag der Kommission auch einen „Notbremse-Mechanismus“ angesichts besorgniserregender Virusvarianten, über den grundsätzlich alle Einreisen aus einem hiervon betroffenen Drittstaat vorübergehend ausgesetzt werden sollen. Diesbezüglich rief die Kommission die Mitgliedstaaten bereits am 12.05.2021 dazu auf, Einreisen aus Indien in koordinierter Weise vorübergehend weiter einzuschränken; Einreisen aus wesentlichen Gründen sollten auf ein striktes Minimum reduziert werden und diejenigen, die dennoch aus Indien einreisen dürfen, sollten strengen Test- und Quarantänemaßnahmen unterworfen werden. Der Rat nahm den Kommissionsvorschlag am 20.05.2021 im Wesentlichen, aber mit der Maßgabe an, dass der Schwellenwert der 14-Tage-Inzidenz zur Aufnahme eines Drittstaats auf die Positivliste lediglich auf 75 angehoben werden soll.

[Pressemitteilung der Kommission vom 03.05.2021](#)

[Pressemitteilung der Kommission zu Indien vom 12.05.2021](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des Rats vom 20.05.2021](#) (in englischer Sprache)

## DATENSCHUTZ

### Plenardebatte zum Datenaustausch mit den USA und dem Vereinigten Königreich

Am 20.05.2021 fand eine Plenardebatte des Europäischen Parlaments (EP) zum Datenaustausch mit den USA und dem Vereinigten Königreich (VK) statt.

In Bezug auf die USA erinnerte EU-Kommissar *Reynders* an das Urteil des EuGH vom 16.07.2020, mit dem der EU-US-Privacy Shield für ungültig erklärt worden war. Die Modernisierung der weiterhin gültigen Standardvertragsklauseln werde aktuell abgeschlossen. Gleichzeitig arbeite die Kommission gemeinsam mit der US-Seite an einer Nachfolgeregelung zum Privacy Shield, wobei keine schnelle Lösung angestrebt werde, sondern eine, die den Anforderungen der Rechtsprechung des EuGH voll genüge. Das EP nahm daraufhin am 20.05.2021 eine Resolution an, mit der die Kommission aufgefordert wird, keine neuen Angemessenheitsentscheidungen mit Drittländern zu treffen, ohne die EuGH-Rechtsprechung zu berücksichtigen und die vollständige Einhaltung der DSGVO sicherzustellen.

[Pressemitteilung des EP vom 20.05.2021](#) (in englischer Sprache)

In Bezug auf das VK bekräftigte EU-Kommissar *Reynders* die Ansicht der Kommission, dass die aktuellen Datenschutzbestimmungen des VK dem EU-Niveau entsprechen. Die Anerkennung der aktuellen



Übereinstimmung bedeute aber nicht, dass man naiv sei, deswegen sei in den Entwürfen zweier Angemessenheitsbeschlüsse vom 19.02.2021 (EB 08/2021) eine Verfallsklausel vorgesehen. Auch vor dem automatischen Auslaufen der Angemessenheitsbeschlüsse nach vier Jahren sei deren Aussetzung möglich, sollte sich das Datenschutzniveau im VK verschlechtern. Das EP nahm daraufhin dennoch am 21.05.2021 mit knapper Mehrheit (344 Ja-Stimmen zu 311 Nein-Stimmen) eine Entschließung an, in der die Kommission aufgefordert wird, ihre Entwürfe zu ändern, um sie mit EU-Recht in Einklang zu bringen; die nationalen Datenschutzbehörden werden darin aufgefordert, die Übermittlung personenbezogener Daten, auf die die Geheimdienste des VK wahllos zugreifen könnten, auszusetzen, sollte die Kommission die Angemessenheitsbeschlüsse annehmen, noch bevor das VK die identifizierten Datenschutzmängel gelöst hat.

[Angenommener Text](#)

[Pressemitteilung des EP vom 21.05.2021](#) (in englischer Sprache)

## KATASTROPHENSCHUTZ

### Überarbeitung des EU-Katastrophenschutzverfahrens vom Rat gebilligt

Nachdem das Europäische Parlament (EP) am 27.04.2021 die Überarbeitung des EU-Katastrophenschutzverfahrens gebilligt hat (EB 08/2021), nahm auch der Rat am 10.05.2021 die Verordnung förmlich an. Der Gesetzgebungsakt ist damit erlassen.

[Pressemitteilung des Rates vom 10.05.2021](#)

## BEKÄMPFUNG VON KINDESMISSBRAUCH IM INTERNET

### Politische Einigung zur Übergangsverordnung zur Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs online erzielt

Am 29.04.2021 erzielten die Verhandlungsführer von Rat und Europäischem Parlament (EP) eine vorläufige politische Einigung zur Übergangsverordnung zur Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs online, die es Anbietern von Online-Kommunikationsdiensten ermöglichen soll, weiterhin auf freiwilliger Basis Online-Inhalte von sexuellem Kindesmissbrauch zu melden und zu entfernen (EB 20/2020). Die politische Einigung muss von Rat und EP noch förmlich angenommen werden. Die Übergangsverordnung soll perspektivisch durch langfristige Regelungen ersetzt werden, die von der Kommission noch im zweiten Quartal 2021 vorgelegt werden sollen.

[Pressemitteilung des Rats vom 29.04.2021](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission vom 29.04.2021](#)

[Pressemitteilung des EP vom 30.04.2021](#) (in englischer Sprache)



## SCHENGEN

### Zweites Schengen-Forum gibt Ausblick auf neue Schengen-Strategie

Nach dem ersten Schengen-Forum am 30.11.2020 (EB 20/2020) fand am 17.05.2021 das zweite Schengen-Forum auf politischer Ebene statt, das EU-Kommissarin *Johansson* mit einer Grundsatzrede eröffnete. Darin betonte sie, Binnengrenzkontrollen könnten in akuten Notfällen gerechtfertigt sein, seien aber auf lange Sicht weder verhältnismäßig noch effektiv; sie dürften nicht zur Normalität werden. Am 02.06.2021 wird die Kommission eine neue Schengen-Strategie vorlegen. Zeitgleich werde man, so EU-Kommissarin *Johansson*, einen Legislativvorschlag vorlegen, um den Schengen-Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus effizienter zu gestalten, u. a. durch Fokussierung auf wesentliche Schlüsselthemen. Die Kommission beabsichtige, jährliche Berichte zum Stand von Schengen („Annual State of Schengen Report“) vorzulegen, die einen Überblick zu den Binnengrenzen, den wichtigsten strategischen Ergebnissen der Schengen-Evaluierungen und zur Umsetzung der Empfehlungen beinhalten sollen. Später im Jahr werde außerdem eine Überarbeitung des Schengener Grenzkodex vorgeschlagen.

[Keynote Speech EU-Kommissarin Johansson am 17.05.2021](#) (in englischer Sprache)

## CYBERSICHERHEIT

### Europäisches Parlament gibt grünes Licht für Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in Bukarest

Nachdem der Rat bereits am 20.04.2021 die Verordnung zur Errichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit angenommen hatte (EB 08/2021), erfolgte am 20.05.2021 auch die förmliche Annahme durch das Europäische Parlament (EP). Der Gesetzgebungsakt ist damit erlassen.

[Pressemitteilung des EP vom 20.05.2021](#) (in englischer Sprache)

## ASYL UND MIGRATION

### Legale Migration: Politische Einigung zur Blue Card Richtlinie erzielt

Die Verhandlungsführer von Rat und Europäischem Parlament (EP) haben am 17.05.2021 eine vorläufige politische Einigung zur Blue Card Richtlinie erzielt, mit der neue Regeln für die Einreise und den Aufenthalt von hochqualifizierten Arbeitnehmern aus Drittstaaten festgelegt werden. Den Mitgliedstaaten wird es möglich sein, nationale Regelungen für hochqualifizierte Arbeitskräfte parallel zum EU-Blue-Card-System beizubehalten. Die neuen Regeln werden jedoch eine Reihe von Bestimmungen einführen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten, so dass Inhaber der Blue Card und ihre Familien im Vergleich zu Inhabern nationaler Genehmigungen nicht benachteiligt werden. Um sich für eine Blue Card zu qualifizieren, wird u. a. die Gehaltsschwelle und die Mindestdauer für einen Arbeitsvertrag gesenkt. Familienangehörige von Inhabern einer Blue Card können diese begleiten und Zugang zum EU-Arbeitsmarkt erhalten. Außerdem soll die Mobilität innerhalb der EU erleichtert werden: Inhaber der Blue Card und ihre Familienangehörigen können nach zwölf



Monaten Beschäftigung im ersten Mitgliedstaat auf der Grundlage vereinfachter Mobilitätsregeln in einen zweiten Mitgliedstaat ziehen. Zeiten, in denen sie in verschiedenen Mitgliedstaaten gearbeitet haben, werden ebenfalls angerechnet. Rat und EP müssen die politische Einigung noch förmlich annehmen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 17.05.2021](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des Rats vom 17.05.2021](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des EP vom 18.05.2021](#) (in englischer Sprache)

### **EuGH urteilt zu „Folgeanträgen“ auf internationalen Schutz bei vorheriger Ablehnung durch Norwegen**

In der Rechtssache C-8/20 hat der EuGH am 20.05.2021 das Urteil erlassen. Dem liegt der Sachverhalt eines iranischen Staatsangehörigen zugrunde, dessen Antrag auf internationalen Schutz in Deutschland vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit der Begründung für unzulässig erklärt wurde, er habe bereits einige Jahre zuvor in Norwegen einen Asylantrag gestellt, der abgelehnt worden sei. Der EuGH urteilte dahingehend, ein Antrag auf internationalen Schutz könne nicht mit der Begründung als unzulässig abgelehnt werden, dass ein früherer Asylantrag desselben Betroffenen von Norwegen abgelehnt wurde. Denn auch wenn Norwegen teilweise am Gemeinsamen Europäischen Asylsystem teilnehme, könne dieser Drittstaat einem Mitgliedstaat nicht gleichgestellt werden.

[Pressemitteilung des EuGH vom 20.05.2021](#)

### **Europäisches Parlament fordert Schutz der Menschenrechte in der externen EU-Migrationspolitik**

In einem mit 358 Ja-Stimmen zu 309 Nein-Stimmen und 26 Enthaltungen am 19.05.2021 angenommenen Bericht kritisiert das Europäische Parlament (EP) die Kommission und einige Mitgliedstaaten für die übermäßige Nutzung informeller Vereinbarungen mit Drittstaaten zur Rückübernahme, die ohne angemessene demokratische Kontrolle und parlamentarische Aufsicht geschlossen werden und keiner gerichtlichen Kontrolle unterliegen; der Bericht zeigt „besorgniserregende Trends“ und die praktischen Auswirkungen auf Menschenrechte auf, die aus solchen informellen Vereinbarungen resultieren. Formelle Rückübernahmeabkommen sollten informelle Absprachen ersetzen, so die Forderung des EP.

[Pressemitteilung des EP vom 19.05.2021](#) (in englischer Sprache)

## **RASSISMUS**

### **Kommission ernennt erstmals Anti-Rassismus-Koordinatorin**

Die EU-Kommission hat am 17.05.2021 die Finnin *Michaela Moua* zur ersten Anti-Rassismus-Koordinatorin ernannt und damit eine wichtige Verpflichtung erfüllt, die im EU-Aktionsplan gegen Rassismus vom 18.09.2020 festgelegt wurde (EB 15/2020). In ihrer neuen Rolle wird die Koordinatorin eng mit Menschen



zusammenarbeiten, die einer ethnischen Minderheit angehören, und deren Anliegen an die Kommission weiterleiten. Sie wird außerdem mit den Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft zusammenarbeiten, um die politischen Maßnahmen im Bereich des Antirassismus zu stärken. Schließlich wird sie gemeinsam mit anderen Kommissionsdienststellen die Politik der Kommission zur Prävention und Bekämpfung von Rassismus umsetzen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 17.05.2021](#)

## SPORT

### Tagung des Rats der EU-Sportminister: Sportinnovation und Sportdiplomatie

Am 18.05.2021 tagte der Rat der EU-Sportminister. Dabei wurden Ratsschlussfolgerungen zur Innovation im Sport angenommen, in denen die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen werden, Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich der Sportinnovation zu fördern. Außerdem wurde die Bedeutung der Sportdiplomatie hervorgehoben: Der Sport biete ein enormes Potential in der Außenpolitik und in internationalen Beziehungen, um die Werte der EU auf der Weltbühne zu fördern. *Mariya Gabriel*, EU-Kommissarin für Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, wies in der anschließenden Pressekonferenz auch auf den für September 2021 geplanten Start einer zweijährigen Kampagne „Gesunde Lebensweise für alle“ („Healthy lifestyle for all“) hin, in die der Sport – neben anderen Politikbereichen wie Gesundheit, Ernährung und Bildung – miteinbezogen werden soll. Die Initiative wird allen Mitgliedstaaten offenstehen, aber auch beispielsweise Ländern des Westbalkans. Außerdem warb sie darum, den Sportbereich bei der Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne zu berücksichtigen.

[Wesentliche Sitzungsergebnisse des Sportministerrats vom 18.05.2021](#) (in englischer Sprache)

[Ratsschlussfolgerungen zur Sportinnovation](#) (in englischer Sprache)

### Europäisches Parlament fordert schnelle Entfernung illegaler Live-Streams von Sportveranstaltungen

In einem am 19.05.2021 mit 479 Ja-Stimmen zu 171 Nein-Stimmen und 40 Enthaltungen angenommenen Bericht unterbreitet das Europäische Parlament (EP) Vorschläge, um gegen das wachsende Phänomen der illegalen Übertragung von Live-Sportveranstaltungen vorzugehen. So sollten illegale Live-Streams sofort, jedoch spätestens 30 Min. nach einer Benachrichtigung durch die Rechteinhaber oder einen zertifizierten „trusted flagger“ entfernt oder deaktiviert werden müssen, da illegale Streams in den ersten 30 Min. nach ihrem Erscheinen im Internet am schädlichsten seien, da der wirtschaftliche Wert eben in der Live-Übertragung liege, so der Bericht.

[Pressemitteilung des EP vom 19.05.2021](#) (in englischer Sprache)

[Angenommener Text](#)





## STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

### LUFTVERKEHR

#### Portugiesische EU-Ratspräsidentschaft veranstaltet Tag der Luftfahrt

Am 03.05.2021 veranstaltete die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft den Tag der Luftfahrt, um Maßnahmen zur Stärkung des Luftverkehrssektors nach der COVID-19-Pandemie zu erörtern. Portugals Minister für Infrastruktur und Wohnungsbau, *Pedro Nuno Santos* betonte, dass die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft eine Politik unterstütze, die sich nicht mit Mindeststandards im Luftverkehrssektor zufriedengebe. EU-Verkehrskommissarin *Adina Vălean* erklärte, dass sich die Luftverkehrsbranche in der Krise befinde und eine Erholung frühestens ab 2025 möglich sei. Der Vorsitzende der Nationalen Zivilluftfahrtbehörde, *Luís Miguel Ribeiro*, betonte, dass die Erholung länger dauern werde, als erwartet; daher müssten gemeinschaftlich Antworten auf die aktuellen Herausforderungen entwickelt werden.

[Pressemitteilung der portugiesische EU-Ratspräsidentschaft](#) (in englischer Sprache)

### SCHIENENVERKEHR

#### BMVI veranstaltet Schienengipfel zum Europäischen Jahr der Schiene 2021

Am 17.05.2021 veranstaltete das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) einen Schienengipfel anlässlich des Europäischen Jahrs der Schiene 2021. Unter dem Motto „Deutschlandtakt trifft auf Europakt“ soll der Schienenverkehr für Hochgeschwindigkeitszüge und Nachtverkehre ausgebaut werden. Ziel ist es auch, eine attraktive Alternative zu Kurzstreckenflügen zu schaffen. Zudem haben Deutschland, Tschechien und Österreich eine Verkürzung der Bahnreisezeit von Berlin über Prag nach Wien auf fünf Stunden bis 2035 vereinbart. Geplant ist auch als Teil des Konzepts für einen TransEuropExpress (TEE) 2.0 eine Expressverbindung Berlin-Wien in nur vier Stunden. Deutschland unterzeichnete mit zahlreichen EU-Mitgliedstaaten eine Absichtserklärung für einen vernetzten Europakt. Dabei sollen die Unternehmen bei der Entwicklung eines Taktfahrplans und einer digitalen Buchungsplattform unterstützt werden. Darüber hinaus wird die EU-Kommission um ein Förderprogramm für grenzüberschreitend einsetzbare Züge gebeten. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) forderte mehr finanzielle Mittel und ein innovationsförderndes Regelwerk, um die Attraktivität der Schiene weiter steigern und die ambitionierten Klimaschutzziele erreichen zu können.

[Pressemitteilung des BMVI](#)

#### Kommission gibt Fahrplan des Sonderzugs Connecting Europe Express bekannt

Am Europatag, den 09.05.2021, gab die Kommission anlässlich des Europäischen Jahrs der Schiene 2021 den Fahrplan des Sonderzugs Connecting Europe Express bekannt (EB 07/21). Der Zug beginnt seine Reise am





02.09.2021 in Lissabon, hält in rund 40 Städten in 26 Ländern für Veranstaltungen und kommt am 07.10.2022 in Paris an. Ziel ist es, die Rolle des Schienenverkehrs für den Personen- und Güterverkehr hervorzuheben sowie die Konnektivität in Europa zu verbessern. Zum Einsatz kommen drei verschiedene Züge, die auf die verschiedenen Spurweiten in der EU abgestimmt sind. Aktuell sind fünf Konferenzen zur Infrastrukturpolitik der EU und zur Rolle der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) in Lissabon, Bukarest, Brdo, Berlin und Bettemburg geplant. Die Zugstrecke soll auch über Prag – Domažlice – München – Ulm am 26./27.09.2021 führen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Hintergrundinformationen zum Connecting Europe Express](#) (in englischer Sprache)

## **BAUEN UND WOHNEN**

### **Housing Europe veröffentlicht Studie zur Lage der Wohnungswirtschaft in Europa 2021**

Housing Europe veröffentlichte am 26.03.2021 seine aktuelle Studie zur Lage der Wohnungswirtschaft in Europa 2021. Danach hat die COVID-19-Pandemie die Korrelation zwischen angemessenem und bezahlbarem Wohnraum sowie der Gesundheit der Menschen verdeutlicht. So zeigt die Analyse von 21 Ländern, dass bereits ein Anstieg von 5 % der Haushalte in schlechten Wohnverhältnissen zu einem um 50 % höheren Risiko des Auftretens des Corona-Virus führt. Zudem übertrifft das Wachstum der Immobilienpreise weiterhin das Wachstum der Einkommen. Danach sind die durchschnittlichen Wohnungspreise in der EU im Privatsektor in den letzten zehn Jahren um über 30 % und die Mieten um fast 15 % gestiegen. Die hohen Wohnkosten in Verbindung mit der steigenden Arbeitslosenquote werden zu einer höheren Nachfrage nach sozialem und bezahlbarem Wohnraum führen. Hierin besteht eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen für die Zukunft.

[Pressemitteilung von Housing Europe](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

### Aussprache im Europäischen Parlament zu Patentschutz für COVID-19-Impfstoffe

Am 19.05.2021 fand im Plenum des Europäischen Parlaments eine Aussprache zur vorübergehenden Aufhebung des Patentschutzes für COVID-19-Impfstoffe statt. Über eine Resolution zu dem Thema soll Anfang Juni abgestimmt werden. Eingangs unterstrich der portugiesische Außenminister *Santos Silva*, dessen Land die Ratspräsidentschaft innehat, die grundsätzliche Bereitschaft der EU, über Vorschläge zu geistigen Eigentumsrechten für Impfstoffe zu sprechen. Priorität der EU sei es jedoch derzeit, mehr COVID-19 Impfstoff zu produzieren, um global impfen zu können. Das Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) und die geistigen Eigentumsrechte seien für die EU dabei Teil der Lösung. Es sollte daher zunächst darum gehen, die Möglichkeiten der Flexibilität, die das TRIPS-Abkommen biete, zu nutzen, um den Export von Impfstoffen in Länder ohne Produktionskapazitäten zu ermöglichen. Dies gelte insbesondere für die Möglichkeit während einer Pandemie Zwangslizenzen zu vergeben. Vizepräsident der Kommission *Dombrovskis* betonte ebenfalls, dass die Ausweitung der Produktion für die EU Priorität habe. Auch er hob die Möglichkeit der Zwangslizenzvergabe hervor, wenn die Situation dies erfordere. Dies sei unter dem TRIPS-Abkommen möglich. Die EU sei aber auch bereit zu prüfen, inwieweit Vorschläge für eine gezielte Aufhebung des Patentschutzes sinnvoll sein könnten. In der anschließenden Debatte gab es zwischen den Abgeordneten keinen Konsens zur Frage einer vorübergehenden Aufhebung des Patentschutzes. Eine Reihe von Rednern forderte die Kommission auf, sich für einen solche vorübergehenden Aussetzung einzusetzen. Andere Abgeordnete betonten hingegen, dass die Aufhebung des Patentschutzes keine Lösung darstelle. Es würde die Bereitstellung der Impfstoffe nicht beschleunigen und der Innovation und Forschung schaden.

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments](#) (in englischer Sprache)

### Kommission kritisch gegenüber Beitrittsersuchen des Vereinigten Königreichs zum Lugano-Übereinkommen

Die Kommission äußerte sich in einer Mitteilung vom 04.05.2021 kritisch über das Ersuchen des Vereinigten Königreichs (VK) um Beitritt zum Lugano-Übereinkommen. Dabei handelt es sich um ein internationales Übereinkommen, das u. a. die Vorteile des EU-Rahmens für die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen auf die EFTA-Staaten ausweitet. Diese Länder nehmen, zumindest teilweise, am EU-Binnenmarkt teil. In Anbetracht der Entscheidung des VK, die EU, ihren Binnenmarkt und die Zollunion zu verlassen, sowie seiner Entscheidung, ein entfernteres Verhältnis zur EU zu haben als die EFTA-Staaten, ist die Kommission der Ansicht, dass die EU dem Antrag des VK vom 08.04.2020 auf Beitritt zum Übereinkommen nicht zustimmen sollte. Wie bei allen anderen Drittländern auch, strebt die EU eine Zusammenarbeit im Bereich des Zivil- und Handelsrechts im Rahmen der multilateralen Haager Übereinkommen an. Das Europäische Parlament und der Rat haben nun die Möglichkeit, ihren Standpunkt darzulegen, bevor die Kommission den Verwahrer des Lugano-Übereinkommens entsprechend unterrichtet.



[Mitteilung der Kommission: Bewertung des Ersuchens des VK um Beitritt zum Lugano-Übereinkommen](#)

**Öffentliche Konsultation zu Anerkennung der Elternschaft**

Am 19.05.2021 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Thema „grenzüberschreitende familiäre Situation – Anerkennung der Elternschaft“. Mit dieser Initiative soll gewährleistet werden, dass die in einem EU-Mitgliedstaat festgestellte Elternschaft EU-weit anerkannt wird. Damit sollen Kinder auch in grenzüberschreitenden Situationen, namentlich wenn ihre Familien innerhalb der EU reisen oder umziehen, ihre Rechte behalten. Die Initiative zielt nicht darauf ab, die nationalen Rechtsvorschriften über die Feststellung der Elternschaft zu harmonisieren. Im zweiten Quartal 2022 will die Kommission einen Verordnungsvorschlag hierzu vorlegen. Bis 11.08.2021 kann an der Konsultation durch Ausfüllen eines Online-Fragebogens teilgenommen werden.

[Zur Konsultation](#)

**EuGH urteilt zu Verbot der Doppelbestrafung bei Festnahmeersuchen von Interpol**

Der EuGH entschied am 12.05.2021 (Rs. C-505/19), dass der vorläufigen Festnahme einer Person, die Gegenstand einer Ausschreibung von Interpol ist, im Schengen-Raum und in der EU das Verbot der Doppelbestrafung entgegenstehen kann. Im zugrundeliegenden Fall ging es um einen deutschen Staatsangehörigen, gegen den eine sog. „Red Notice“ (Festnahmeersuchen mit dem Ziel der Auslieferung von Interpol) auf Grundlage eines Haftbefehls in den USA ausgestellt wurde. Zuvor war bereits wegen derselben Taten in Deutschland ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Dieses Verfahren wurde gegen Erfüllung einer Geldauflage rechtskräftig eingestellt (§ 153a Abs. 1 S. 1 StPO). Der Betroffene verlangte nun unter Berufung auf das Verbot der Doppelbestrafung und seines Rechts auf Freizügigkeit die Löschung der „Red Notice“. Der EuGH stellte im Wege des Vorabentscheidungsersuchens zunächst erneut fest, dass das Verbot der Doppelbestrafung grundsätzlich auch für zum Strafklageverbrauch führende Verfahren wie das Verfahren gemäß § 153a StPO gelte. Er führte sodann aus, dass eine vorläufige Festnahme grundsätzlich zulässig sei, solange nicht feststehe, dass das Verbot der Doppelbestrafung greife. Sobald jedoch die Behörden eines Vertrags- oder Mitgliedstaates Kenntnis von einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung haben, mit der festgestellt wird, dass das Verbot der Doppelbestrafung greife, sei eine vorläufige Festnahme nicht mehr zulässig. Dabei obliege es den Mitgliedstaaten sicherzustellen, dass Rechtsbehelfe zur Verfügung stehen, mit denen betroffene Person eine solche rechtskräftige gerichtliche Entscheidung erwirken können.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Urteil des EuGH](#)



### **EuGH entscheidet zur Rechtsstaatlichkeit in Rumänien**

Am 18.05.2021 entschied der EuGH zu sechs miteinander verbundenen Verfahren zur Rechtsstaatlichkeit in Rumänien. Es ging um eine Reihe von Reformen im Bereich der Justiz. Rumänien steht seit dem EU-Beitritt 2007 unter besonderer Beobachtung, weil damals noch nicht alle EU-Standards bei der Rechtsstaatlichkeit erreicht waren. Mit Entscheidung 2006/928 wurde für den Beitritt Rumäniens ein sog. Kooperations- und Kontrollverfahren eingerichtet. Der EuGH entschied nun, dass die Entscheidung 2006/928 für Rumänien verbindlich und Rumänien verpflichtet ist, die zur Erreichung dieser Vorgaben geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Darüber hinaus urteilte der EuGH – in Fortführung seiner seit 2018 bestehenden Rechtsprechung – dass die Organisation der Justiz, einschließlich der Staatsanwaltschaft, zwar grundsätzlich in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten falle. Dabei müssen jedoch die Vorgaben des Unionsrechts berücksichtigt werden. Insbesondere müsse ein effektiver gerichtlicher Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte gewährleistet sein. Vor diesem Hintergrund entschied der EuGH, dass die Errichtung einer spezialisierten Abteilung der Staatsanwaltschaft mit ausschließlicher Zuständigkeit für die Untersuchung von durch Richter und Staatsanwälte begangenen Straftaten nur unter bestimmten Voraussetzung mit dem EU-Recht vereinbar sei. So müsse diese Maßnahme durch objektive und überprüfbare Erfordernisse einer geordneten Rechtspflege gerechtfertigt sein. Ferner muss die Gefahr ausgeschlossen werden, dass diese Abteilung zur politischen Kontrolle der Tätigkeit dieser Richter und Staatsanwälte verwendet wird. Auch die Einführung einer persönlichen Haftung von Richtern für Justizirrtümer müsse auf klar beschriebene Ausnahmefälle begrenzt sein. Keinesfalls dürfe sie zur Ausübung von Druck auf die Rechtsprechungstätigkeit verwendet werden. Zuletzt stellte der EuGH klar, dass der Vorrang des EU-Rechts auch einen Vorrang vor nationalem Verfassungsrecht bedeutet. Nach diesen Maßgaben sollen nun abschließend die rumänischen Gerichte die Justizreformen prüfen.

[Pressemitteilung des EuGH](#) (in englischer Sprache)

[Urteil des EuGH](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

---

### Bildungsministerrat der EU: EU-Bildungsminister/innen tauschten sich über die Zukunft der Initiative „Europäische Hochschulen“ aus.

Auf der Sitzung des Bildungsministerrates tauschten sich die EU-Bildungsminister/innen am 17.05.2021 in Brüssel zum Thema „Evolving scenarios for the transformation of EU Higher Education“ aus. Sie begrüßten dabei den Ausbau eines Europäischen Hochschulraumes und sprachen sich für weitere Entwicklungsschritte in diese Richtung aus. Insbesondere wurde die Rolle der in der Pilotphase befindlichen Europäischen Hochschulnetzwerke als Modelle und Experimentierräume für eine Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aller Hochschulen in der EU gewürdigt. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang auch die Initiative der Kommission zu einem sog. „Europäischen Ansatz für Micro-Credentials“. Die Mitgliedstaaten sahen dabei die mit der Grundidee verbundenen Chancen, betonten aber auch noch viele ungeklärte Herausforderungen, etwa im Hinblick auf die notwendige europäische Qualitätssicherung oder die Vereinbarkeit mit dem nationalen Hochschulrecht.

Auf der Sitzung wurden darüber hinaus Ratsschlussfolgerungen zu der Initiative „Europäische Hochschulen“ und Ratsschlussfolgerungen zur Chancengleichheit und Inklusion auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung zur Förderung des Bildungserfolgs für alle verabschiedet. Letztere richten den Blick auf die Rolle des sozioökonomischen Hintergrunds der Lernenden für deren Bildungsergebnisse und fordern die Mitgliedstaaten auf, geeignete Maßnahmen unter anderem zur Verbesserung des Kompetenzniveaus und zur Verringerung des Anteils frühzeitigen Schulabbruchs in der EU zu ergreifen.

[Sitzungsinformationen des Rates der Europäischen Union, einschließlich der Verknüpfungen zu den beschlossenen Ratsdokumenten](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des Rates zur Verabschiedung der Ratsschlussfolgerungen zur Initiative „Europäische Hochschulen“](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

---

### EU-Bildungsministerrat befasst sich schwerpunktmäßig mit Hochschulbildung

Am 17.05.2021 trafen sich die EU-Bildungsministerinnen und -minister zu einer Ratssitzung im physischen Format in Brüssel. Die Sitzung beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit Themen der Hochschulbildung. So stand die politische Orientierungsaussprache unter der Überschrift „Evolving scenarios for the transformation of EU Higher Education“. Die Mitgliedstaaten tauschten sich dabei über die Fortentwicklung des Europäischen Hochschulraums und insbesondere über die Rolle der Initiative der „Europäischen Hochschulen“ als Modelle und Experimentierräume für eine Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aller Hochschulen in der EU aus. Auch die Initiative der Kommission zu einem sog. „Europäischen Ansatz für Micro-Credentials“ wurde diskutiert (siehe hierzu auch Beitrag des StMUK in diesem EB).

Zu der Initiative der „Europäischen Hochschulen“ wurden außerdem Ratsschlussfolgerungen verabschiedet. Darin werden die Mitgliedstaaten und die Kommission u. a. aufgefordert, der Initiative weiterhin eine zentrale Rolle beim Aufbau eines europäischen Bildungsraum bis 2025 zuzuschreiben und die Zukunftsvision eines innovativen, weltweit wettbewerbsfähigen und attraktiven europäischen Bildungs- und Forschungsraums zu befördern. Zur Unterstützung der „Europäischen Hochschulen“ sollen alle verfügbaren Finanzierungsmöglichkeiten, einschließlich der Aufbau- und Resilienzfazilität, herangezogen werden.

[Sitzungsinformationen des Rates der Europäischen Union, einschließlich der Verknüpfungen zu den beschlossenen Ratsdokumenten](#)

[Pressemitteilung des Rates zur Verabschiedung der Ratsschlussfolgerungen zur Initiative „Europäische Hochschulen“](#)

### Sitzung des Kultur- und Medienministerrates

Am 18.05.2021 fand die Sitzung des Kultur- und Medienministerrates unter portugiesischer Präsidentschaft als physisches Treffen in Brüssel statt. Im Mittelpunkt stand eine politische Orientierungsaussprache zu dem Thema „Diversifizierung der Finanzierungsquellen und -mechanismen für die Erhaltung und den Schutz des europäischen Kulturerbes“. Die Ministerinnen und Minister waren sich darin einig, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, das Kulturerbe als Grundpfeiler unserer europäischen Identität zu schützen und zu erhalten. Hierfür müssten die Quellen für die Finanzierung noch weiter diversifiziert werden. Neben einer effektiveren Nutzung verschiedener EU-Programme (Kreatives Europa, Horizont Europa, Strukturfonds) müssten auch Anreize für ein stärkeres zivilgesellschaftliches Engagement gesetzt werden, z. B. durch steuerliche Begünstigungen.

Der Ministerrat nahm außerdem die Schlussfolgerungen „Erholung, Resilienz und Nachhaltigkeit der Kultur- und Kreativbranche“ einstimmig an. Diese rufen die Mitgliedstaaten und die Kommission dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, die dem Wiederaufbau und einer nachhaltigen Stärkung des Kultur- und Kreativsektors angesichts



der immensen negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie dienen sollen, z. B. die Verbesserung des Zugangs zu finanziellen Förderungen, der weitere Ausbau der Künstlermobilität und interkulturellen Zusammenarbeit oder die Förderung des digitalen und ökologischen Wandels.

[Sitzungsinformationen des Rates der Europäischen Union, einschließlich der Verknüpfungen zu den beschlossenen Ratsdokumenten](#)

### **Erklärung aus der Kommission anlässlich des Welttages der kulturellen Vielfalt für Dialog und Entwicklung**

Im Vorfeld des Welttages der kulturellen Vielfalt für Dialog und Entwicklung am 21.05.2021 gaben der Hohe Repräsentant und Kommissionsvizepräsident *Josep Borrell*, Kommissarin *Mariya Gabriel* und Kommissarin *Jutta Urpilainen* eine gemeinsame Erklärung ab. Darin betonen sie den zentralen Wert der kulturellen Vielfalt für die Europäische Union, die Schwierigkeiten, mit denen der Kultursektor während der Corona-Pandemie konfrontiert war, und die Rolle der Kultur bei Versöhnungs- und Integrationsbemühungen.

Die EU sei entschlossen, das Potenzial der Kultur gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und anderen internationalen Akteuren weiter zu erschließen und zu stärken. Hierfür stünden eine ganze Reihe von Mechanismen und Mitteln bereit, etwa das Programm „Kreatives Europa“ oder die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie der UNESCO. Auch Erasmus+, die Kulturhauptstädte Europas, die EU-Kulturräume sowie die jüngste Initiative für ein Neues Europäisches Bauhaus trügen erheblich dazu bei, die Kultur zu bewahren, zu fördern und für alle zugänglich zu machen.

[Erklärung im Wortlaut](#)

### **Europäisches Parlament verabschiedet die Programme Erasmus+ und Kreatives Europa abschließend**

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat am 19.05.2021 die vom Rat bereits gebilligten Verordnungsvorschläge für die EU-Programme Erasmus+ und Kreatives Europa in zweiter Lesung verabschiedet. Nach der noch ausstehenden Unterzeichnung durch die Präsidenten von EP und Rat können die Verordnungen im EU-Amtsblatt veröffentlicht und damit endgültig (jeweils rückwirkend zum 01.01.2021) formell in Kraft treten. Die politische Einigung zu den Inhalten und zum Budget beider Programme konnte im Dezember 2020 unter deutscher Ratspräsidentschaft erzielt werden (EB 20/20).

[Pressemitteilung des EP und weitere Informationen zu Erasmus+](#)

[Pressemitteilung des EP und weitere Informationen zu Kreatives Europa](#)





## Mitteilung der Kommission zur Strategie für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation

Am 18.05.2021 nahm die Kommission die Mitteilung „Globales Konzept für Forschung und Innovation – Europas Strategie für internationale Zusammenarbeit in einer sich verändernden Welt“ an, die eine entsprechende Mitteilung aus dem Jahr 2012 ablöst und den inzwischen stark gewandelten globalen Kontext berücksichtigt.

Die Strategie will größtmögliche Offenheit für die Zusammenarbeit mit Forschenden aus aller Welt schaffen, um so die großen globalen Herausforderungen Klimawandel, Digitalisierung und Gesundheit angehen zu können, dabei aber auch voraussetzen, dass die grundlegenden Grundprinzipien und Werte, wie akademische Freiheit, Geschlechtergleichstellung, Forschungsethik, offene Wissenschaft und faktengestützte Politikgestaltung, eingehalten werden.

Die neue Strategie baut demzufolge auf zwei Hauptzielen auf:

1. ein auf Regeln und Werten basierendes – und prinzipiell offenes – Forschungs- und Innovationsumfeld für Forschende und Innovatoren in aller Welt.
2. Gegenseitigkeit und gleiche Ausgangsbedingungen für die internationale Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Innovation.

Zur Erreichung der Ziele wird die EU mehrere Maßnahmen auf den Weg bringen, z. B. eine „Afrika-Initiative“, mit der im Rahmen von Horizont Europa die Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern intensiviert werden soll. Außerdem will die Kommission Leitlinien für den Umgang mit ausländischer Einflussnahme auf Forschungsorganisationen und Hochschuleinrichtungen in der EU vorlegen.

[Pressemitteilung der Kommission mit weiteren Infos und Links](#)

[Mitteilung im Volltext](#) (in englischer Sprache)

[Factsheet](#) (in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten](#)

## Programm für die Research & Innovation Days 2021 veröffentlicht

Die Kommission hat das Programm für die diesjährigen, erneut virtuell durchgeführten, Research & Innovation Days am 23./24.06.2021 veröffentlicht. Bei der Konferenz werden Politik, Forschung, Wirtschaft und die breite Öffentlichkeit gemeinsam die künftigen Entwicklungen, Herausforderungen und Ziele von Forschung und Innovation in Europa diskutieren (EB 04/21). Es sind eine Vielzahl von Podiumsdiskussionen und interaktiven Workshops vorgesehen. Außerdem wird es ein "Horizon Village" mit 15 "Thematic Houses", eine virtuelle Ausstellung innovativer Projekte sowie einen Networkingbereich geben. Die Registrierung für die Teilnahme wird in Kürze freigeschaltet werden.

[Programm der R&I Days 2021](#) (in englischer Sprache)

[Website der Konferenz](#) (in englischer Sprache)



### Kommission ernennt zwei neue Mitglieder der Group of Chief Scientific Advisors

Kommissarin *Mariya Gabriel* hat am 16.05.2021 zwei neue Mitglieder der Group of Chief Scientific Advisors (GCSA) ernannt. Die Entscheidung erging auf Grundlage der Empfehlung einer unabhängigen Findungskommission.

Bei den zwei neuen Mitgliedern handelt es sich um:

- *Eva Zažímalová* – Professorin für Pflanzenanatomie und -physiologie, Präsidentin der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, Wissenschaftlerin am Institut für experimentelle Botanik der Tschechischen Akademie der Wissenschaften
- *Eric F. Lambin* – Professor für Geographie und Nachhaltigkeitswissenschaften, Université catholique de Louvain und Stanford University

Sie ersetzen Professor *Carina Keskitalo* and Sir *Paul Nurse*, deren Amtszeiten enden.

Die GCSA, der sieben hochangesehene Persönlichkeiten aus der Wissenschaft angehören, ist ein unabhängiges Gremium, das die Kommission zu allen Aspekten der wissenschaftlichen Dimension von politischen Entscheidungen berät und damit eine Brücke zwischen Wissenschaft und Politik schlagen soll.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Webseite der Group of Chief Scientific Advisors](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

---

### Kommission veröffentlicht Frühjahrsprognose 2021

Am 12.05.2021 hat die Kommission ihre [Frühjahrsprognose 2021](#) zur Wirtschafts- und Finanzentwicklung in der EU und dem Euro-Währungsgebiet sowie in den einzelnen Mitgliedstaaten [veröffentlicht](#).

Für die EU-27 wird ein reales (d. h. preisbereinigtes) Wirtschaftswachstum von 4,2 % in 2021 und 4,4 % in 2022 erwartet (Euroraum: 4,3 % bzw. 4,4 %). Im Vorjahr war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU im Zuge der Corona-Pandemie noch um 6,1 % (Euroraum: 6,6 %) eingebrochen. Für Deutschland rechnet die Kommission nach einem Rückgang des BIP um 4,9 % in 2020 mit einem Wachstum von 3,4 % in 2021 und 4,1 % in 2022. Bis Ende 2022 dürfte die Wirtschaft nach ihrer Einschätzung in allen Mitgliedstaaten wieder zum Vorkrisenniveau zurückfinden, auch wenn das Tempo der Erholung voraussichtlich regional stark variiert.

Die durchschnittliche Staatsverschuldung in Relation zum BIP (Schuldenquote) in der EU wird nach Erwartung der Kommission im Jahr 2021 ihren vorläufigen Höhepunkt bei 94 % erreichen (Euroraum: 102 %). In 2022 wird mit einem leichten Rückgang auf 93 % (101 %) gerechnet. Die Durchschnittswerte verdecken aber signifikante Unterschiede unter den Mitgliedstaaten: Spitzenreiter bei der öffentlichen Verschuldung (Prognosen für 2021) sind Griechenland (209 %), Italien (160 %), Portugal (127 %), Spanien (120 %) und Frankreich (117 %).

Im Rahmen der für Ende Mai vorgesehenen Veröffentlichung des Frühjahrspakets des Europäischen Semesters und im Anschluss an einen Dialog mit dem Rat will die Kommission auf Grundlage der Frühjahrsprognose 2021 bewerten, ob die sog. Allgemeine Ausweichklausel (AAK) des Stabilitäts- und Wachstumspakts deaktiviert wird. Auf Grundlage der vorliegenden Konjunkturschätzung ist mit einer dahingehenden Empfehlung für 2022 noch nicht zu rechnen.

Im März 2020 hatten Kommission und Rat in Reaktion auf den Ausbruch der Corona-Pandemie beschlossen, die AAK im Stabilitäts- und Wachstumspakt zu aktivieren und damit die europäischen Fiskalregeln vorübergehend de facto auszusetzen, um den Mitgliedstaaten angemessene Krisenmaßnahmen zu ermöglichen. Die Kommission hatte am 03.03.2021 fiskalische Leitlinien für die nationale Haushaltspolitik 2022 vorgelegt und darin vorgeschlagen, die Deaktivierung AAK an die Rückkehr der Wirtschaftsleistung in der EU oder im Euroraum auf das Vorkrisenniveau zu knüpfen.

Im Juli 2021 wird die Kommission eine aktualisierte Konjunkturprognose vorlegen.

[Website der Kommission zur Frühjahrsprognose 2021 mit weiteren Informationen \(in englischer Sprache\)](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

### WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

#### Kommission legt überarbeitete Industriestrategie vor

Die Kommission hat am 05.05.2021 ihre überarbeitete EU-Industriestrategie vorgelegt. Aufgrund der Erklärung von COVID-19 zur Pandemie durch die WHO einen Tag nach der Vorlage der Industriestrategie im März 2020 (EB 05/20) wurde diese noch einmal überarbeitet, um den neuesten Entwicklungen Rechnung zu tragen und Lehren aus der Krise zu ziehen, die wirtschaftliche Erholung zu fördern und die strategische Autonomie der EU zu stärken. Zudem soll die Strategie dazu beitragen, den digitalen und grünen Wandel hin zu einer widerstandsfähigen und global wettbewerbsfähigen Wirtschaft voranzutreiben. Hierfür sieht die Strategie eine Vielzahl geplanter Einzelmaßnahmen vor, u. a. einen Vorschlag für ein Notfallinstrument für den Binnenmarkt, Investitionen zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die Bildung einer Allianz im Bereich Prozessor- und Halbleitertechnologien sowie einer Allianz für industrielle Daten, Edge- und Clouddienste. Die Mitteilung wird von drei Arbeitsdokumenten der Kommission begleitet, darunter der jährliche Binnenmarktbericht 2021.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

#### Kommission legt Mitteilung über die Unternehmensbesteuerung im 21. Jahrhundert vor

Die Kommission hat am 18.05.2021 eine Mitteilung über die Unternehmensbesteuerung im 21. Jahrhundert angenommen. Die Kommission möchte u. a. bis 2023 einen neuen Rahmen für die Unternehmensbesteuerung in der EU vorlegen, den Verwaltungsaufwand verringern, steuerliche Hindernisse beseitigen und die Bedingungen im Binnenmarkt unternehmensfreundlicher gestalten. Zudem wird in der Mitteilung die Steueragenda für die kommenden beiden Jahre mit Maßnahmen zur Förderung produktiver Investitionen des Unternehmertums, für einen besseren Schutz der nationalen Einnahmen und zur Unterstützung des ökologischen und des digitalen Wandels dargelegt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

#### EU-COVID-19-Sicherheitslabel für den Tourismusbereich

Seit 19.05.2021 stellt die Normungsorganisation CEN (European Committee for Standardization) auf Ersuchen der Kommission ein freiwilliges europäisches COVID-19-Sicherheitslabel für den Tourismusbereich zur Verfügung. Hierdurch soll die schrittweise Wiedereröffnung des Tourismus zur Sommersaison erleichtert werden und das Vertrauen der Reisenden gestärkt werden.

Die Mitgliedstaaten können das neue Siegel an touristische Einrichtungen vergeben, die die Anforderungen und Empfehlungen der Internationalen Organisation für Normung (ISO) über Gesundheit und Sicherheit für



Tourismusorganisationen einhalten. Es kann dabei in sämtlichen Tourismus-Angeboten zum Einsatz kommen, u. a. Unterkünfte, Gaststätten, Catering, Transportmittel, Reisebüros, Wellnesscenter, Museen und kulturelle Einrichtungen, Freizeitaktivitäten, Freizeitparks.

[Pressemitteilung der Normungsorganisation CEN](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Kommission veröffentlicht Leitfaden zu EU-Förderungen im Tourismusbereich**

Die Kommission hat am 12.05.2021 einen digitalen Leitfaden über die EU-Förderungen im Tourismusbereich veröffentlicht. Dieser beinhaltet Informationen über die Fördermittel, die Personen und Unternehmen, die im Tourismussektor tätig sind, zur Verfügung stehen und enthält Links zu den einschlägigen Förderprogrammen.

Zudem stellt der Leitfaden die neuen EU-Programme vor, die im EU-Haushalt 2021 - 2027 für den Übergang zu einer nachhaltigeren, digitalen Wirtschaft vorgesehen sind, u. a. im Kohäsionsbereich, Just Transition Fund, Horizon Europe, Programm Digitales Europa, Binnenmarktprogramm, InvestEU, REACT-EU sowie die Aufbau- und Resilienzfazilität.

[Zum digitalen Leitfaden für Förderungen im Tourismusbereich](#)

### **Fonds für einen gerechten Übergang: Europäisches Parlament nimmt Verordnung an**

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 18.05.2021 im Rahmen der Plenartagung die Verordnung zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund) angenommen. Hierzu hatten die Verhandlungsführer von Rat, EP und Kommission im Dezember 2020 eine vorläufige Einigung erzielt (EB 20/20).

Der Fonds ist Teil des Mechanismus für einen gerechten Übergang, der wiederum dem Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa angehört und im Zusammenhang mit dem Europäischen Green Deal steht (EB 01/20) und soll die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft unterstützen. Er umfasst insgesamt 17,5 Mrd. €, wovon 7,5 Mrd. € aus dem EU-Haushalt 2021 - 2027 stammen und 10 Mrd. aus dem Aufbauplan NextGenerationEU. Nach der formellen Annahme im Rat wird die Verordnung im EU-Amtsblatt veröffentlicht und tritt 20 Tage später in Kraft.

[Pressemitteilung des EP](#)

### **Kartellrecht: Mitteilung der Beschwerdepunkte gegen Apple**

Die Kommission gelangt nach vorläufigen Ermittlungsergebnissen zu der Auffassung, dass Apple seine marktbeherrschende Stellung im Vertrieb von Musikstreaming-Apps missbraucht hat und dadurch gegen das EU-Wettbewerbsrecht verstößt. Zuvor hatte die Kommission im Juni 2020 mehrere förmliche kartellrechtliche Untersuchungen gegen Apple eingeleitet (EB 11/20). Anlass der Untersuchungen waren Beschwerden von



Spotify und eines E-Book-/Hörbuch-Vertriebshandlers, da Apple vorschreibt, für In-App-Käufe verbindlich das hauseigene System von Apple zu verwenden, und Werbung gegenüber iPhone- und iPad-Nutzern über günstigere alternative Kaufoptionen außerhalb der Apps untersagt.

Zudem untersuchte die Kommission, ob das Verhalten von Apple bezüglich Apple Pay gegen unionsrechtliche Wettbewerbsvorschriften verstößt. Hierbei wurden insbesondere die Geschäftsbedingungen und sonstigen Maßnahmen zur Integration von Apple Pay in kommerzielle Apps und Webseiten auf iPhones und iPads geprüft. Durch Apple Pay werden mobile Zahlungen mit iPhones und iPads ermöglicht.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Kartellrecht: Kommission veröffentlicht Evaluierungsergebnisse zu Vorschriften für horizontale Vereinbarungen zwischen Unternehmen**

Die Kommission hat am 06.05.2021 die Ergebnisse der Evaluierung der beiden horizontalen Gruppenfreistellungsverordnungen (Horizontal-GVO), die Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen betreffen, sowie der Leitlinien für Vereinbarungen über horizontale Zusammenarbeit (Horizontalleitlinien) veröffentlicht. Diese gelten derzeit bis zum 31.12.2022. Horizontale Kooperationsvereinbarungen sind Vereinbarungen zwischen zwei oder mehr Unternehmen, die auf derselben Marktebene tätig sind.

Die Kommission kommt in ihrem Bericht zu dem Ergebnis, dass die Horizontal-GVO und die Horizontalleitlinien nach wie vor relevant seien, die Wirksamkeit der Vorschriften jedoch in einigen Bereichen verbessert werden könne. Die Kommission wird demnächst eine Folgenabschätzung zur Überarbeitung der Vorschriften einleiten. Im Anschluss daran ist eine öffentliche Konsultation geplant.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Gemeinschaftsunternehmen E-VITA durch Fraunhofer und Ceravis**

Die Kommission hat am 30.04.2021 die Gründung des Gemeinschaftsunternehmens E-VITA GmbH durch die Ceravis AG und die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. genehmigt. Die E-VITA GmbH wird im Bereich der chemiefreien Saatgutaufbereitung aktiv sein. Ceravis gehört zur dänischen Agro-Gruppe und ist im Agrarhandel sowie in der Produktion von Saatgut und Tierfutter tätig. Die Fraunhofer-Gesellschaft betreibt anwendungsorientierte Forschung sowie Auftragsforschung für staatliche Stellen und die Privatwirtschaft. Aus Sicht der Kommission bestehen gegen den Zusammenschluss keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Zur Wettbewerbssache M.10209](#) (in englischer Sprache)



### **Konsultation zu pharmazeutischen Fusionen**

Die im März gegründete multilaterale Arbeitsgruppe für Zusammenschlüsse im Arzneimittelsektor (EB 06/21) hat am 12.05.2021 eine gemeinsame öffentliche Konsultation im Bereich der pharmazeutischen Fusionen eingeleitet. Diese soll dazu dienen, Ideen und Ansichten aller interessierten Parteien (u. a. Gesundheitsdienste, Ärzte, Industrie, Wissenschaft, Verbraucherorganisationen) in diesem Bereich zu sammeln, die anschließend in einen Workshop einfließen werden. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 25.06.2021.

[Zur Konsultation](#) (in englischer Sprache)

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)

### **Taxonomie: Konsultation zu delegiertem Rechtsakt zur Veröffentlichung von Informationen**

Die Kommission hat am 07.05.2021 eine öffentliche Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung zu Art. 8 der Taxonomie-Verordnung eingeleitet. Dieser bezieht sich auf die Verpflichtung zur Veröffentlichung von Informationen durch große börsennotierte Unternehmen, Banken und Versicherungsunternehmen, in denen sie darlegen müssen wie und inwieweit ihre Tätigkeiten mit den in der Taxonomie-VO als ökologisch eingestuften Tätigkeiten übereinstimmen.

Die Annahme der delegierten Verordnung ist für das 2. Quartal 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 02.06.2021.

[Zur Initiative](#)

[Weitere Informationen](#) (in englischer Sprache)

### **Konsultation zur Strategie für EU-Kleinanleger**

Die Kommission hat am 11.05.2021 eine öffentliche Konsultation für eine EU-Strategie für Kleinanleger eingeleitet. Mit der Strategie soll sichergestellt werden, dass die Ergebnisse dieser Anlagen verbessert werden, eine stärkere Beteiligung von Verbrauchern gewährleistet und so das Vertrauen der Verbraucher in die Kapitalmärkte ausgebaut wird. Die Annahme der Mitteilung ist für das 2. Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 03.08.2021.

[Zur Konsultation](#)

### **Konsultation zum Schutz geografischer Angaben für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse**

Die Kommission hat am 29.04.2021 eine öffentliche Konsultation für eine geplante Verordnung zum Schutz geografischer Angaben für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse (z. B. Kunsthandwerk und gewerbliche Waren) eingeleitet. Dies soll dazu dienen, dass Hersteller in Nischenmärkten wettbewerbsfähig bleiben, Verbraucher besser über die Authentizität der Produkte informiert werden und die regionale Wirtschaft einen Auftrieb erlebt.





Die Annahme der Verordnung durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 22.07.2021.

[Zur Konsultation](#)

### **Fahrplan für eine Strategie für Aufsichtsdaten im EU-Finanzsystem**

Die Kommission hat am 18.05.2021 einen Fahrplan für eine Strategie für Aufsichtsdaten im EU-Finanzsystem veröffentlicht. Diese zielt darauf ab, die Erhebung von Daten, die der EU und nationalen Behörden für die Zwecke der Beaufsichtigung des Finanzsystems übermittelt werden zu verbessern und zukunftsfähig zu machen. Die Annahme der Strategie durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 15.06.2021.

[Zur Initiative](#)

## **TECHNOLOGIE UND INNOVATION**

### **Mitteilung der Kommission zur Strategie für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation angenommen**

Die Kommission hat am 18.05.2021 eine Mitteilung für ein globales Konzept für Forschung und Innovation vorgelegt. Diese zielt darauf ab, Multilateralismus, Offenheit und Gegenseitigkeit im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit zu fördern. Die Strategie baut dabei auf zwei Hauptzielen auf. Zum einen wird ein auf Regeln und Werten basierendes Forschungs- und Innovationsumfeld angestrebt. Zum anderen sollen Gegenseitigkeit und gleiche Ausgangsbedingungen für die internationale Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Innovation sichergestellt werden (siehe hierzu auch Beitrag des StMWK in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

## **AUßENWIRTSCHAFT**

### **Kommission legt Verordnungsvorschlag über wettbewerbsverzerrende Subventionen aus Drittstaaten vor**

Die Kommission hat am 05.05.2021 einen Verordnungsvorschlag über wettbewerbsverzerrende Subventionen aus Drittstaaten vorgelegt. Dieser ist Folge des im Juni 2020 vorgelegten Weißbuchs zur Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen bei Subventionen aus Drittstaaten (EB 11/20). Das vorgeschlagene Instrument zielt darauf ab, drittstaatliche Subventionen, die Wettbewerbsverzerrungen verursachen und dem fairen Wettbewerb im Binnenmarkt schaden, in allen Marktsituationen wirksam zu begegnen. Durch den Verordnungsvorschlag soll die Kommission befugt sein, finanzielle Zuwendungen zu prüfen, die in der EU wirtschaftlich tätigen Unternehmen eines Drittstaates erhalten, und gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen oder



Verpflichtungszusagen einzuholen. Das Instrument dient zudem auch der Umsetzung der heute ebenfalls vorgelegten überarbeiteten EU-Industriestrategie (siehe weiteren Beitrag in diesem EB). Zu dem Vorschlag kann nun bis zum 05.07.2021 im Rahmen einer öffentlichen Konsultation Stellung genommen werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#)

### **EU-USA: Gemeinsame Erklärung zu weltweiten Überkapazitäten bei Stahl und Aluminium**

In einer gemeinsamen Erklärung gaben der Exekutiv-Vizepräsident *Valdis Dombrovskis*, die Handelsbeauftragte der Vereinigten Staaten *Katherine Tai* und die US-Handelsministerin *Gina M. Raimondo* am 17.05.2021 bekannt, dass die EU und die USA Gespräche zu den weltweiten Überkapazitäten bei Stahl und Aluminium aufnehmen werden, mit dem Ziel, bis Ende des Jahres Lösungen zu finden. Es sei ein gemeinsames Handeln notwendig, um kritische Industriezweige zu erhalten und um einen Weg zu finden, um die WTO-Streitigkeiten hinsichtlich der im Jahr 2018 von den USA verhängten Strafzölle auf Stahl und Aluminium aus Europa zu beenden. Die EU gab bekannt, vorerst auf weitere Gegenmaßnahmen wegen der Strafzölle zu verzichten und die ab dem 01.06.2021 geplanten Gegenmaßnahmen vorübergehend auszusetzen.

[Gemeinsame Erklärung EU-USA](#) (in englischer Sprache)

### **EU-Indien-Gipfel: Austausch zu Handelsbeziehungen**

Am 08.05.2021 tauschten sich die Staats- und Regierungschefs der EU, Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* und der Präsident des Europäischen Rates *Charles Michel* im Rahmen einer Videokonferenz mit Indiens Premierminister *Narendra Modi* zu den aktuellen Beziehungen zwischen der EU und Indien aus (siehe hierzu auch Beitrag unter „politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Dabei vereinbarten sie u. a., die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen wieder aufzunehmen, nachdem diese seit 2013 nicht weiter vorangeschritten sind. Zudem sollen auch die Verhandlungen über den Investitionsschutz sowie Verhandlungen über geografische Angaben fortgeführt werden. Wie die Zusammenarbeit bei der Reform der Welthandelsorganisation und bei der Regulierung aussehen soll, war ebenfalls Gegenstand der Gespräche.

[Erklärung der Kommissionspräsidentin zum EU-Indien-Gipfel](#)

### **Güter mit doppeltem Verwendungszweck: Annahme im Rat**

Der Rat hat am 10.05.2021 die Verordnung für Güter mit doppeltem Verwendungszweck final angenommen. Die Verhandlungsführer von Rat, Europäischem Parlament (EP) und Kommission hatten hierzu am 09.11.2021 eine politische Einigung erzielt (EB 18/20). Das EP hat die Einigung in seiner Plenarsitzung im März 2021 bestätigt (EB 07/21), sodass die Verordnung in Kürze im EU-Amtsblatt veröffentlicht wird. Sie tritt 90 Tage später in Kraft.



Güter mit doppeltem Verwendungszweck sind Güter, Materialien, Software und Technologien, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden können.

[Pressemitteilung des Rates](#)

### **Kommission veröffentlicht neue Methodik zur Bewertung der Umweltfolgen von Handelsabkommen**

Die Kommission hat am 19.05.2021 eine neue Methodik zur Bewertung der Umweltfolgen von Handelsabkommen veröffentlicht. Diese soll dazu beitragen, die Nachhaltigkeitsfolgenabschätzungen und Ex-post-Bewertungen von Handelsabkommen weiter zu verbessern. Durch die Methodik sollen Indikatoren zur Erfassung von Veränderungen der biologischen Vielfalt und Trends, die Folge von Handelserleichterungen sind, identifiziert werden (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

## **ENERGIE**

### **Europäisches Parlament nimmt Entschlüsse zur Wasserstoffstrategie und zur Strategie für die Integration der Energiesysteme an**

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat am 19.05.2021 seine Initiativberichte zu Europäischen Wasserstoffstrategie sowie zur Europäischen Strategie über die Integration der Energiesysteme verabschiedet. Beide Strategien waren von der Kommission am 08.07.2020 vorgelegt worden (EB 12/20). Auch der Rat hatte sich in Schlussfolgerungen zu den Strategien positioniert (EB 20/20).

[Entschließung zur europäischen Wasserstoffstrategie](#)

[Entschließung zur europäischen Strategie für die Integration der Energiesysteme](#)

### **Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt deutsche Förderregelung für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen**

Die Kommission hat am 29.04.2021 die Verlängerung und Änderung einer deutschen Beihilferegulung zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen und Grubengas genehmigt. Zudem können durch die Genehmigung Teilbefreiungen von der Umlage zur Förderung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen gewährt werden. Die Beihilferegulung ist Teil des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2021). Durch die Regelung soll es Deutschland ermöglicht werden, die Zielvorgaben für erneuerbare Energien ohne übermäßige Wettbewerbsverfälschungen zu erreichen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



### **Konsultation zur Plattform für die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energie**

Die Kommission hat am 29.04.2021 eine öffentliche Konsultation zu einer delegierten Verordnung für eine neue Plattform für die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energie eingeleitet. Die Plattform soll dazu dienen, statistische Transfers zwischen den EU-Ländern zu erleichtern, damit Mitgliedstaaten, die ihre verbindlichen nationalen Zielvorgaben für 2020 nicht erreicht haben, erneuerbare Energie von den Mitgliedstaaten „erwerben“ können, die ihre Zielvorgaben übertroffen haben. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 27.05.2021.

[Zur Initiative](#)

### **Kommission veröffentlicht Fahrplan zum Arbeitsplan für Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung 2020 - 2024**

Die Kommission hat am 05.05.2021 einen Fahrplan für den Arbeitsplan für Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung 2020 - 2024 veröffentlicht. In diesem werden Prioritäten für die Annahme produktspezifischer Rechtsvorschriften in diesem Bereich festgelegt. Die Annahme des Arbeitsplans durch die Kommission ist für das 3. Quartal 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 02.06.2021 (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Zur Initiative](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

### UMWELT

#### **Kommission legt neue Methode zur Bewertung der Umweltfolgen von Handelsabkommen vor**

Am 19.05.2021 hat die Kommission eine neue Methodik veröffentlicht, um die Auswirkungen von Handelserleichterungen auf die biologische Vielfalt und die Ökosysteme besser bewerten zu können. Sie soll dazu beitragen, die Nachhaltigkeitsfolgenabschätzungen und Ex-post-Bewertungen von Handelsabkommen zu verbessern, um damit den Green Deal und insbesondere die Ziele der Biodiversität voranzubringen. Mit der neuen Methodik sollen Indikatoren identifiziert werden, um Veränderungen der biologischen Vielfalt und Trends zu erfassen, die als Folge der Handelsliberalisierung auftreten können. Im Fokus stehen dabei die möglichen Veränderungen, die Auswirkungen auf die biologische Vielfalt z. B. durch Land- oder Ressourcennutzung und Schutzmaßnahmen oder Maßnahmen zur Verstärkung positiver Effekte. Diese Auswirkungen sollen unter Verwendung von Daten, Forschung, bestehenden Fallstudien, Expertenwissen und Befragungen von Interessengruppen umfassend bewertet werden.

[Methode zur Bewertung der Umweltfolgen von Handelsabkommen](#) (in englischer Sprache)

#### **Europäisches Parlament nimmt Verordnung zum Fond für einen gerechten Übergang an**

Am 18.05.2021 hat das Europäische Parlament (EP) mit 615 zu 35 Stimmen bei 46 Enthaltungen die Verordnung zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund) angenommen. Hierzu hatten die Verhandlungsführer von Rat, EP und Kommission im Dezember 2020 eine vorläufige Einigung erzielt. Der Fonds ist Teil des Mechanismus für einen gerechten Übergang, der dem Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa angehört, und soll die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft unterstützen. Er umfasst insgesamt 17,5 Mrd. €, wovon 7,5 Mrd. € aus dem EU-Haushalt 2021 - 2027 stammen und 10 Mrd. aus dem Aufbauplan NextGenerationEU. Nach der formellen Annahme im Rat wird die Verordnung im EU-Amtsblatt veröffentlicht und tritt 20 Tage später in Kraft (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung des EP](#)

#### **Kommission veröffentlicht Mitteilung „Neuer Ansatz für eine nachhaltige blaue Wirtschaft in der EU“**

Am 17.05.2021 hat die Kommission die Mitteilung „Neuer Ansatz für eine nachhaltige blaue Wirtschaft in der EU“ veröffentlicht. Darin stellt sie ein Konzept für die mit Ozeanen, Meeren und Küsten verbundenen Industriezweige und Sektoren vor, um einen besseren Schutz vor Verschmutzung, Lebensraumzerstörung und Überfischung zu bieten. Zur Erreichung der Klimaneutralität und des Null-Schadstoff-Ziels schlägt die Kommission darin die Entwicklung erneuerbarer Offshore-Energie, die Dekarbonisierung des Seeverkehrs und die Ökologisierung der Häfen vor. Des Weiteren sieht die Mitteilung u. a. Maßnahmen zur Halbierung der



Plastikabfälle im Meer und der Verwendung von chemischen Pestiziden bis 2030, Maßnahmen zur Einschränkung von absichtlich hinzugefügtem Mikroplastik und Entwicklung von Kennzeichnungs-, Standardisierungs-, Zertifizierungs- und Regulierungsmaßnahmen für die unbeabsichtigte Freisetzung von Mikroplastik sowie die Festlegung erneuerter Standards vor. Die Kommission plant, einen neuen Aktionsplan zur Erhaltung der Fischereiressourcen und zum Schutz der Meeresökosysteme bis Ende 2021 vorzulegen und durch den Schutz von 30 % der Meeresfläche der EU die Umkehr des Verlusts an biologischer Vielfalt und die Erhöhung der Fischbestände zu erreichen. Zur Sicherstellung nachhaltiger Lebensmittelerzeugung kündigt die Mitteilung an, bis 2023 einen Legislativvorschlag für einen Rahmen für Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse und bis 2022 einen Legislativvorschlag für moderne, nachhaltige Vermarktungsnormen für Meeresfrüchte vorzulegen sowie eine spezielle Initiative zu Algen im Jahr 2022 zur Unterstützung der Entwicklung der Algenindustrie in der EU vorzuschlagen.

[Mitteilung „Neuer Ansatz für eine nachhaltige blaue Wirtschaft“](#)

#### **Kommission verabschiedet Leitlinien für eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Aquakultur**

Am 17.05.2021 hat die Kommission Strategische Leitlinien für eine nachhaltigere und wettbewerbsfähigere Aquakultur in der EU für den Zeitraum 2021 - 2030 angenommen. Sie sollen einen Beitrag dazu leisten, dass der EU-Aquakultursektor wettbewerbsfähiger und widerstandsfähiger wird, und zu einer besseren Umwelt- und Klimaleistung des Sektors führen. Die Leitlinien wurden gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und Interessenträgern entwickelt und zielen u. a. darauf ab, die Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Aquakultur aufzubauen, zum grünen Wandel beizutragen, die gesellschaftliche Akzeptanz und die Verbraucherinformation sicherzustellen und Wissen und Innovation in diesem Sektor zu fördern. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, die neuen Leitlinien in ihren mehrjährigen nationalen Strategieplänen für die Entwicklung des Aquakultursektors sowie bei der Förderung des Sektors im Rahmen des künftigen Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) und anderer EU-Fonds zu berücksichtigen (siehe hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

[Strategische Leitlinien zur Aquakultur](#) (in englischer Sprache)

#### **Kommission veröffentlicht Aktionsplan zur Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden**

Am 12.05.2021 hat die Kommission die Mitteilung zum EU-Aktionsplan zur Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden veröffentlicht. Der Aktionsplan gibt das Ziel aus, bis 2050 ein so geringes Verschmutzungsniveau zu erreichen, dass es für die menschliche Gesundheit und die natürlichen Ökosysteme keine Gefahr mehr darstellt. Er enthält Etappenziele für 2030 und Maßnahmen, die dazu führen sollen, die Umweltverschmutzung durch Schadstoffe in der EU zu verringern. Zur Verbesserung der Luftqualität soll die Zahl der durch Schadstoffe in der Luft verursachten vorzeitigen Todesfälle um 55 % gesenkt werden. Indem 50 % weniger Kunststoffabfälle ins Meer und 30 % weniger Mikroplastik in die Umwelt gelangen, soll die Wasserqualität verbessert werden. Die Verringerung des Einsatzes chemischer Pestizide um 50 % soll einen besseren Schutz der Böden in der



EU sicherstellen. Zudem kündigt die Kommission die Verringerung des Abfallaufkommens insgesamt und des Restmülls um 50 % sowie die Verringerung des Anteils der Ökosysteme in der EU, in denen Schadstoffe in der Luft die biologische Vielfalt gefährden, an. Um diese Ziele zu erreichen, sieht der Aktionsplan u. a. die Überprüfung einer Reihe von Rechtsvorschriften vor, wie z. B. die engere Angleichung der Luftqualitätsnormen an die jüngsten Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation, die Überprüfung der Vorschriften für die Wasserqualität, auch von Flüssen und Meeren in der EU und eines Großteils des EU-Abfallrechts. Vorgesehen ist auch die Förderung der Null-Schadstoffbelastung durch Produktion und Verbrauch, die Verringerung des externen ökologischen Fußabdrucks der EU durch Beschränkungen der Ausfuhr von Produkten und Abfällen in Drittländer, die schädliche bzw. toxische Auswirkungen haben, und die Einrichtung so genannter „Living Labs“ für grüne digitale und intelligente Null-Schadstoff-Lösungen.

[Aktionsplan zur Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden](#) (in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten zum Null-Schadstoff-Aktionsplan](#)

### **Kommission leitet Konsultation zur EU-Strategie für nachhaltige Textilien ein**

Am 12.05.2021 hat die Kommission im Nachgang zur Veröffentlichung des Fahrplans zur EU-Strategie für nachhaltige Textilien eine öffentliche Konsultation dazu eingeleitet. Im Rahmen des europäischen Grünen Deals, dem Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft und der Industriestrategie wird der Textilsektor als vorrangige Branche genannt, in der das Potenzial für die Kreislaufwirtschaft hoch ist und die daher für den Übergang zu einer nachhaltigeren und kreislauforientierten Wirtschaft eine entscheidende Bedeutung hat. Die Konsultation zielt darauf ab, die EU beim Übergang zu einer klimaneutralen, kreislauforientierten Wirtschaft zu unterstützen, in der die Produkte so konzipiert werden, dass sie langlebiger, recyclingfähiger sowie besser wiederverwendbar und reparierbar sind. Damit soll sichergestellt werden, dass sich die Textilindustrie nachhaltig und auf wettbewerbsfähige Weise von der COVID-19-Krise erholt, indem sie die Grundsätze der Kreislaufwirtschaft auf Produktion, Produkte, Verbrauch, Abfallbewirtschaftung und Sekundärrohstoffe anwendet. Die Konsultation richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger, Behörden, Verbraucher und Sozialpartner, Organisationen sowie Verbände entlang der Textilwertschöpfungskette, KMU, Investoren und Forschungs-, Innovations- und Ausbildungszentren. Die Beteiligung daran ist bis 04.08.2021 möglich.

[Konsultation](#)

### **Umweltausschuss nimmt Kompromisstext zum Europäischen Klimagesetz an**

Am 11.05.2021 hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments (EP) den Kompromisstext zum Europäischen Klimagesetz mit 52 zu 24 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Die Verhandlungsführer von Rat, EP und Kommission hatten im April im Rahmen der sechsten Trilogitzung eine vorläufige politische Einigung erzielt. Die wesentlichen Elemente der Einigung sind ein neues Klimaziel für 2030 von mindestens 55 % Reduktion der Netto-Emissionen im Vergleich zu 1990 sowie die Verpflichtung zu negativen Emissionen nach 2050. Außerdem will die Kommission im Sommer einen Vorschlag zur Förderung von Kohlenstoffsenken





vorlegen, die in den kommenden Jahren eine höhere Menge CO<sub>2</sub> absorbieren sollen. Neben der Einrichtung eines Europäischen Wissenschaftlichen Expertenrats für den Klimawandel, der unabhängige wissenschaftliche Beratung bietet, sind auch sektorspezifische indikative Fahrpläne zur Erreichung des Klimaneutralitätsziels der Union bis 2050 sowie ein von der Kommission zu veröffentlichendes indikatives Treibhausgasbudget für 2030 - 2050 Teil der Einigung. Im nächsten Schritt muss der Umweltrat der Einigung noch zustimmen.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

### **EuGH bestätigt Verbot der Kommission von Neonicotinoiden**

Am 06.05.2021 hat der EuGH in der Rechtssache C-499/18 P Bayer CropScience AG, Bayer AG u. a. / Europäische Kommission das Verbot der Kommission zur Verwendung der Neonicotinoide Imidacloprid, Clothianidin und Thiamethoxam bestätigt. Die Kommission hatte die Verwendung der Mittel im Mai 2013 eingeschränkt, da sie nach den Feststellungen der Kommission bienenschädliche Auswirkungen haben. Im August 2013 erhoben die Kläger vor dem Gericht der EU (EuG) Klage auf Nichtigerklärung der entsprechenden Verbots-Verordnung Nr. 1107/2009. Der EuGH bestätigte nunmehr das klageabweisende Urteil des EuG und wies die dagegen eingelegte Berufung der Kläger zurück. Insbesondere stellte er klar, dass die wissenschaftlichen Hinweise darauf, dass die Verwendung der Neonicotinoide in der Landwirtschaft ein hohes Risiko für Bienen darstelle, im Sinne des Vorsorgeprinzips ausreichend gewesen seien, um die Stoffe zu verbieten. Das Vorsorgeprinzip verlange nicht, dass Maßnahmen, die nach der Verordnung Nr. 1107/2009 erlassen werden, allein deshalb aufgeschoben werden, weil gerade Studien durchgeführt werden, durch die die verfügbaren wissenschaftlichen und technischen Daten in Frage gestellt werden könnten (siehe hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

[EuGH-Urteil](#)

### **Europäisches Parlament billigt politische Einigung über LIFE-Verordnung**

Am 30.04.2021 hat das Europäische Parlament (EP) die politische Einigung, die im Dezember 2020 zwischen den Verhandlungsführern des Parlaments und der EU-Ratspräsidentschaft mit Unterstützung der Kommission über die LIFE-Verordnung 2021 - 2027 erzielt wurde, offiziell gebilligt. Sie wird rückwirkend zum 1. Januar 2021 in Kraft treten. LIFE wird mit 5,432 Mrd. € (zu laufenden Preisen) ausgestattet, von denen 3,5 Mrd. € für Umweltprojekte und 1,9 Mrd. € für Klimaschutzmaßnahmen vorgesehen sind. Es werden Projekte in den vier Bereichen Natur, biologische Vielfalt, Klimaschutz und saubere Energie finanziert. Ab 2024 werden 7,5 % des jährlichen EU-Budgets und 10 % in den Jahren 2026 und 2027 zur Erreichung der Biodiversitätsziele zur Verfügung gestellt. Die Kommission wird das Mainstreaming von Klima- und Biodiversitätszielen regelmäßig überwachen und darüber berichten, einschließlich der Verfolgung der Ausgaben.

[Pressemitteilung des EP](#)



## VERBRAUCHERSCHUTZ

### **Kommission leitet Konsultation zur Kennzeichnung ökologisch/biologischer Produktion ein**

Am 12.05.2021 hat die Kommission eine Konsultation zu dem Umsetzungsentwurf einer Verordnung zur Festlegung bestimmter Regeln für die Ausstellung von Zertifikatsmustern für Unternehmer außerhalb der EU und der Liste der Kontrollbehörden gemäß der Verordnung 2018/848/EU über die Kennzeichnung der ökologischen/biologischen Produktion eingeleitet. Da ab 2022 die neue Öko-Verordnung gelten soll, wird mit dieser Initiative das Muster des Zertifikats, das für zertifizierte Unternehmer in Nicht-EU-Ländern ausgestellt wird, und das entsprechende elektronische System sowie ein Verzeichnis der gemäß Artikel 46 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/848 anerkannten Kontrollbehörden und Kontrollstellen, die in Nicht-EU-Ländern Kontrollen durchführen und Öko-/Bio-Zertifikate ausstellen können, festgelegt. Bis 09.06.2021 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung.

[Konsultation](#)

### **Kommission leitet Konsultation zur jährlichen Berichterstattung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen ein**

Am 12.05.2021 hat die Kommission eine Konsultation zu dem Umsetzungsentwurf einer Verordnung zur Änderung der Durchführungsverordnung 2019/723/EU in Bezug auf Informationen und Kennzeichnung von ökologischen Erzeugnissen hinsichtlich des einheitlichen Musterformulars, das in den von den Mitgliedstaaten vorzulegenden Jahresberichten zu verwenden ist, eingeleitet. Die EU-Mitgliedstaaten müssen der Kommission jedes Jahr bis zum 31. August einen Bericht über die Ergebnisse der amtlichen Kontrollen vorlegen, die sie im Vorjahr im Einklang mit den EU-Vorschriften in verschiedenen Bereichen durchgeführt haben. Einer dieser Bereiche ist die ökologische/biologische Produktion. Durch diese Initiative werden die Daten und Angaben geändert, die in den Teil des Berichts (Standardformular) über die Herstellung und Kennzeichnung ökologischer/biologischer Erzeugnisse aufzunehmen sind. Bis 09.06.2021 besteht hierzu die Möglichkeit zur Rückmeldung.

[Konsultation](#)

### **Kommission leitet Konsultation zum Pharmakovigilanzsystem für Tierarzneimittel ein**

Am 11.05.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Umsetzung und Festlegung von Regeln für die Anwendung der Verordnung 2019/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates für Inverkehrbringen, Herstellung, Einfuhr, Ausfuhr, Vertrieb, Pharmakovigilanz, Kontrolle, Zulassung und Verwendung von Tierarzneimitteln eingeleitet. Mit dieser Initiative werden die Anforderungen für bestmögliche Lösungen in Bezug auf die Stammdaten des Pharmakovigilanzsystems für Tierarzneimittel festgelegt, die bei der Erhebung von Daten über Antibiotikaresistenz maßgeblich sind. Eine Rückmeldung dazu kann bis 08.06.2021 erfolgen.



## Konsultation

### **Kommission leitet Konsultation zu Vorschriften für den Vertrieb von Wirkstoffen in Tierarzneimitteln ein**

Am 12.05.2021 hat die Kommission eine Konsultation zu dem Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Umsetzung einer Verordnung in Bezug auf Maßnahmen zur guten Vertriebspraxis für Wirkstoffe, die gemäß der Verordnung 2019/6/EG als Ausgangsstoffe in Tierarzneimitteln verwendet werden, eingeleitet. Im Rahmen dieser Initiative werden Vorschriften für den Vertrieb von Wirkstoffen festgelegt, die in Tierarzneimitteln verwendet werden. Hierdurch wird gewährleistet, dass die Arzneimittel ordnungsgemäß aufbewahrt, transportiert und gehandhabt werden. Eine Rückmeldung dazu kann bis 09.06.2021 erfolgen.

## Konsultation

### **Kommission startet Konsultation zu Digitalgrundsätzen**

Am 12.05.2021 hat die Kommission einen Fahrplan zur Erklärung der digitalen Prinzipien - der „europäische Weg“ veröffentlicht und eine öffentliche Konsultation für die digitale Gesellschaft gestartet. Im Nachgang zur Mitteilung der Kommission über den digitalen Kompass 2030 beschreibt sie darin eine Vision, Ziele und Instrumente, um bis 2030 eine nachhaltige und erfolgreichere digitale Zukunft für Europa zu erreichen. Neben mehreren anderen Aktionspunkten schlägt die Mitteilung vor, eine Reihe digitaler Grundsätze zu formulieren. Die Konsultation zielt darauf ab, Ansichten aller Interessengruppen zu sammeln, die diesen Prozess gestalten sowie politischen Entscheidungsträgern und digitalen Betreibern eine Referenz für ihr Handeln bieten wollen. Auch sieht die Initiative vor, diese Grundsätze in eine gemeinsame interinstitutionelle Erklärung des Europäischen Parlaments und des Rates aufzunehmen. Neben der breiten öffentlichen Konsultation sollen auch spezifischen Zielgruppen angehört werden, z. B. Kinder und Jugendliche, Experten-Panels und Organisationen, die vulnerable Gruppen vertreten. Die Rückmeldung zum Fahrplan ist bis zum 09.06.2021 und die Beteiligung an der Konsultation bis 02.09.2021 möglich (siehe hierzu Beitrag des StMD in diesem EB).

## Fahrplan und Konsultation

### **EFSA stuft Titandioxid als unsicher ein**

Am 06.05.2021 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) ihre bisherige Bewertung des Lebensmittelzusatzstoffs Titandioxid (E 171) revidiert und den Stoff als unsicher eingestuft. Damit überarbeitete sie das Ergebnis ihrer früheren Bewertung aus dem Jahr 2016, in der sie hervorgehoben hatte, dass mehr Forschung erforderlich ist, um Datenlücken zu schließen. Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden nun über die wissenschaftliche Beratung der EFSA reflektieren und über geeignete Regulierungsmaßnahmen oder Empfehlungen für Verbraucher entscheiden.



## [Pressemitteilung der EFSA](#)

### **Kommission veröffentlicht Fahrplan zum Arbeitsplan für Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung 2020 - 2024**

Am 05.05.2021 die Kommission einen Fahrplan zum Arbeitsplan für Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung 2020 - 2024 veröffentlicht. Ökodesign- und Energieverbrauchskennzeichnungsvorschriften sind eines der wirksamsten Instrumente der EU zur Förderung der Energieeffizienz. Auf sie entfiel etwa die Hälfte der Energiesparzielvorgaben für 2020. Darüber hinaus wurde damit begonnen, mit Ökodesign-Vorschriften auf einen effizienteren Materialeinsatz bei der Produktgestaltung hinzuwirken. Ziel der EU-Vorschriften zum Ökodesign und zur Energieverbrauchskennzeichnung ist es, die Energieeffizienz zu verbessern und so zur Verwirklichung der Klimaneutralität in der EU beizutragen. Im Arbeitsplan für Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung 2020 - 2024 werden Prioritäten für die Annahme produktspezifischer Rechtsvorschriften in diesem Bereich festgelegt. Bis 02.06.2021 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung.

#### [Fahrplan](#)

### **Kommission leitet Konsultation zur REACH-Verordnung ein**

Am 05.05.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung 1907/2006/EG (REACH-VO) über die Registrierung, Bewertung, Genehmigung und Beschränkung von Chemikalien in Bezug auf krebserzeugende, mutagene oder reproduktive giftige Substanzen (CMR) und zur Aktualisierung der Liste eingeschränkter Stoffe im Rahmen der Chemikalienverordnung eingeleitet. Diese Liste wird entsprechend den Empfehlungen der Europäischen Chemikalienagentur regelmäßig aktualisiert. Mit dieser Initiative sollen Verbraucherinnen und Verbraucher dahingehend geschützt werden, dass weitere kürzlich als krebserzeugend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend (CMR) eingestufte Stoffe in die EU-Liste der Beschränkungen unterliegenden Stoffe (Anhang XVII der REACH-VO) aufgenommen werden. Bis 02.06.2021 besteht hierzu die Möglichkeit zur Rückmeldung.

#### [Konsultation](#)

### **Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Gefahrenklassifizierung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien**

Am 04.05.2021 hat die Kommission einen Fahrplan zur Überarbeitung der EU-Rechtsvorschriften zur Gefahrenklassifizierung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien veröffentlicht und dazu eine Konsultation eingeleitet. Für die Umsetzung des Grünen Deals enthält die Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit eine Reihe von Maßnahmen, die eine gezielte Überarbeitung der Chemikalienverordnung 1272/2008/EG (CLP) über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung chemischer Stoffe und Gemische



erfordern. Verschiedene Optionen für eine Überarbeitung werden in einer Folgenabschätzung analysiert und die Kommission wird auf der Grundlage der Ergebnisse Vorschläge für eine Überarbeitung sowohl des verfügbaren Teils als auch der Anhänge dieser Verordnung vorlegen. Bis 01.06.2021 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung. Im 2. Quartal 2021 ist auch eine öffentliche Konsultation dazu geplant.

[Fahrplan](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

### Staats- und Regierungschefs betonen bei informeller Tagung die soziale Dimension Europas

Die 27 Staats- und Regierungschefs der EU haben auf dem EU-Sozialgipfel in Porto die Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR) bekräftigt. In einer „Porto-Erklärung“ begrüßten sie am 08.05.2021 den von der Kommission am 04.03.2021 vorgelegten Aktionsplan zur Umsetzung der ESSR und die darin enthaltenen, bis zum Jahr 2030 zu erreichenden drei Kernziele:

- eine Beschäftigungsquote in der EU von mindestens 78 %,
- eine jährliche Teilnahme von mindestens 60 % der Erwachsenen an Weiterbildungsmaßnahmen,
- eine Verringerung der Zahl der von Armut bedrohten Menschen um mindestens 15 Mio.

Die Gipfelteilnehmer betonten, dass die Fortschritte bei der Umsetzung auf höchster Ebene zu verfolgen seien. Am Ende ihrer Erklärung unterstützten die Staats- und Regierungschefs auch Ansätze, Fortschritt nicht mehr nur über die Wirtschaftsleistung zu messen. Verwiesen wurde auf einen von den europäischen Sozialpartnern gemachten Vorschlag für „einen alternativen Katalog von Indikatoren“, der auch Entwicklungen im Sozial- und Umweltbereich berücksichtigt.

Zum Auftakt des EU-Sozialgipfels hatten die europäischen Sozialpartner am 07.05.2021 mit Vertretern der EU-Institutionen und der Zivilgesellschaft über die soziale Dimension Europas debattiert. In einem Abschlussdokument der hochrangigen Konferenz („Porto Social Commitment“) bekannten sich die Teilnehmer zu einem gerechten und sozialen Europa.

[Porto-Erklärung](#)

[Porto-Social-Commitment](#) (in englischer Sprache)

### Plattform für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze soll Qualifizierungslücke in Europa schließen

Die Kommission hat am 20.05.2021 eine neue Online-Plattform für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze freigeschaltet. Es soll eine zentrale Anlaufstelle entstehen, die u. a. über nationale und EU-Initiativen informiert, einen Community-Raum für Diskussionen eröffnet oder Online-Kurse und Selbsteinschätzungsinstrumente bereitstellt. Der für den Binnenmarkt zuständige EU-Kommissar *Thierry Breton* sagte: „Ob bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz oder bei der Gründung eines Unternehmens – digitale Kompetenzen sind der Schlüssel zum Erfolg. Die Plattform für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze, die Hunderte von Initiativen aus ganz Europa zusammenbringt, ist ein einzigartiger Ort für die Bürger, an dem sie ihre Lernerfahrungen verbessern und neue Möglichkeiten entdecken können.“ Die Plattform wird aus dem Infrastrukturfonds „Connecting Europe“ finanziert.

[Online-Plattform](#) (in englischer Sprache)



### Abgeordnete fordern besseren Schutz für mobile Arbeitnehmer in Krisensituationen

In einer am 19.05.2021 angenommenen Entschließung haben sich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) besorgt über den Schutz von mobilen Arbeitnehmern in der EU während der COVID-19-Pandemie gezeigt. Die schwierige Lage entsandter Arbeitskräfte sei seit langem ein Thema, durch die Krise seien akute Probleme aber noch stärker in den Vordergrund getreten, erklärten die Europaabgeordneten in ihrem Bericht. Sie fordern unter anderem die Einführung eines einheitlichen Protokolls für die Freizügigkeit bei Gesundheitskrisen, die vollständige Digitalisierung von Verfahren im Hinblick auf die Arbeitskräftemobilität und einen Helpdesk für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA).

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

### EU unterstützt Freiwilligentätigkeiten im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps

Am 18.05.2021 hat das Europäische Parlament (EP) das Programm für das Europäische Solidaritätskorps formal verabschiedet. Freiwilligentätigkeiten für junge Menschen in der EU und darüber hinaus können nun in den Jahren 2021 - 2027 mit mehr als 1 Mrd. € unterstützt werden. Die neue Auflage soll inklusiver sein als das Vorgängerprogramm. Künftig soll die Teilnahmequote von jungen Menschen erhöht werden, die im Vergleich zu Gleichaltrigen strukturellen Benachteiligungen ausgesetzt sind.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Deutsche Programmseite](#)

### Mitgliedstaaten wollen Teilhabe junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen stärken

Der Rat in der Formation „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ hat am 17.05.2021 Schlussfolgerungen zur „Stärkung eines Mehrebenen-Ansatzes bei der Beteiligung junger Menschen“ gebilligt. Ziel ist es, allen jungen Menschen die gleichen Chancen auf eine Einbindung in politische Prozesse zu bieten. „Junge Menschen gehören zu denjenigen, die am stärksten von den COVID-19-Beschränkungen betroffen sind. Ihre Beteiligung an der Politikgestaltung ist unerlässlich, da die heutigen Entscheidungen ihre Zukunft beeinflussen werden“, erklärte der portugiesische Kultusminister *Tiago Brandão Rodrigues*, der die Sitzung der für Jugendfragen zuständigen Ministerinnen und Minister leitete. Diese begrüßten auch die im Juni anstehende Ernennung eines Jugendkoordinators innerhalb der Kommission.

[Ratschlussfolgerungen](#)

[Ergebniszusammenfassung der Ratssitzung](#)

### EU-Parlamentarier fordern Änderung restriktiver Abtreibungsgesetze

Der Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) des Europäischen Parlaments hat am 11.05.2021 einen Berichtsentwurf angenommen, in dem die Mitgliedstaaten





aufgefordert werden, die sexuelle und reproduktive Gesundheit der Frauen und ihre entsprechenden Rechte (sexual and reproductive health rights, SRHR) zu schützen und weiter zu stärken. Die Abgeordneten verlangen in allen Mitgliedstaaten einen Zugang zu einem sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch. Der Bericht spricht auch weitere Themen wie den Zugang zu Verhütungsmitteln und Fragen der Sexualerziehung an. Er dürfte Ende Juni im Plenum beraten werden.

[Pressemitteilung des FEMM](#) (in englischer Sprache)

### **Arbeitgeberverbände üben Kritik an Richtlinie über einen Rahmen für angemessene Mindestlöhne**

Mehrere europäische Arbeitgeberverbände haben in einem am 05.05.2021 veröffentlichten Positionspapier die Pläne für eine europäische Mindestlohnrichtlinie scharf kritisiert. Sie stellen die Rechtsgrundlage infrage und befürchten, dass eine Richtlinie die Autonomie der Sozialpartner untergraben könnte. Die Kommission hatte am 28.10.2020 einen Richtlinienvorschlag vorgelegt, der derzeit im Europäischen Parlament und im Rat beraten wird.

[Statement der Arbeitgeberverbände](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

### Trilog-Einigung zum digitalen COVID-Zertifikat

Das Europäische Parlament (EP) und der Rat haben am Abend des 20.05.2021 zu den Verordnungsvorschlägen zum digitalen COVID-Zertifikat – vormals „Digitales Grünes Zertifikat“ – eine Einigung erzielt. Der Berichterstatter im EP, *Juan Fernando López Aguilar* (S&D), sagte nach den Trilog-Verhandlungen: „Auch wenn die heute erzielte Einigung die Forderungen des Parlaments nicht vollständig erfüllt, so bedeutet sie doch für Millionen von EU-Bürgern eine wesentliche Verbesserung des derzeitigen Status quo.“ Das EP konnte sich insbesondere nicht mit der Forderung durchsetzen, allen Bürgern kostenlose Tests zu ermöglichen. Um erschwingliche Tests breiter verfügbar zu machen, verpflichtete sich aber die Kommission, mindestens 100 Mio. € im Rahmen des Nothilfeinstruments („Emergency Support Instrument“) zu mobilisieren.

Das Zertifikat soll der Einigung zufolge entweder in digitaler oder in Papierform erhältlich sein. Es wird bescheinigen, dass eine Person gegen das Coronavirus geimpft wurde oder ein kürzlich negatives Testergebnis hat oder von der Infektion genesen ist. Die geplante Verordnung legt den Rahmen für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung der interoperablen Zertifikate fest. Die Mitgliedstaaten sollen nur in begründeten Fällen zusätzliche Reisebeschränkungen wie Quarantäne, Selbstisolation oder Tests verhängen. Solche Maßnahmen sollen den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission spätestens 48 Stunden im Voraus mitgeteilt werden.

Die Kommission begrüßte die vorläufige politische Einigung. Sie bedeute, dass das Zertifikat auf gutem Wege sei, wie geplant Ende Juni fertig zu sein. Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* erklärte: „Es ist nun entscheidend, dass alle Mitgliedstaaten die Einführung ihrer nationalen Systeme vorantreiben, um sicherzustellen, dass das System so schnell wie möglich in Betrieb genommen werden kann. Das ist es, was die EU-Bürger zu Recht erwarten.“

Die Kommission hatte die Verordnungsvorschläge zur Erleichterung der Personenfreizügigkeit während der Coronavirus-Pandemie am 17.03.2021 vorgelegt (EB 06/21). Der nun vereinbarte Text wird noch dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten des EP, dem Plenum des EP (07.06.2021 - 10.06.2021) sowie dem Rat zur Genehmigung vorgelegt. Die Verordnung soll am 01.07.2021 in Kraft treten. Die Mitgliedstaaten haben eine Übergangszeit von sechs Wochen ausgehandelt, in der sie noch nicht verpflichtet sind, das Zertifikat auszugeben.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

### Kommission unterzeichnet dritten Impfstoff-Vertrag mit Pfizer/BioNTech

Die Kommission hat am 20.05.2021 bekanntgegeben, der dritte Impfstoff-Vertrag mit Pfizer/BioNTech sei nun unterzeichnet. Der Vertrag, über den bereits seit längerem verhandelt wurde (EB 07/21), sichert den



Mitgliedstaaten das Recht zum Kauf von bis zu 1,8 Mrd. Dosen des von Pfizer/BioNTech entwickelten Impfstoffs in den Jahren 2021 - 2023. Der Kommission zufolge gestattet der Vertrag den Ankauf von 900 Mio. Dosen des derzeitigen Impfstoffs bzw. eines an Varianten angepassten Impfstoffs und enthält eine Option auf den Ankauf von weiteren 900 Mio. Dosen.

In Umsetzung der im Juni 2020 vorgestellten EU-Impfstoffstrategie hat die Kommission Verträge mit insgesamt sechs Herstellern von aussichtsreichen beziehungsweise mittlerweile EU-weit zugelassenen Impfstoffen geschlossen. Außer Pfizer/BioNTech sind dies AstraZeneca, Sanofi/GSK, Johnson & Johnson, CureVac und Moderna. Derzeit sind vier Impfstoffe in der EU vorläufig zugelassen: Außer dem Impfstoff von Pfizer/BioNTech sind dies die Impfstoffe von AstraZeneca, Johnson & Johnson und Moderna.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Europäische Arzneimittel-Agentur erleichtert Lagerung des Coronavirus-Impfstoffs von Pfizer/BioNTech**

Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat am 17.05.2021 mitgeteilt, sie habe Erleichterungen bei den Lagervorgaben für den Coronavirus-Impfstoff von Pfizer/BioNTech beschlossen. Die zulässige Lagerdauer bei 2 - 8°C werde von fünf Tagen auf einen Monat verlängert. Die EMA geht davon aus, dass die Entscheidung die Handhabung des Impfstoffs in den Impfzentren erleichtern werde. Der Coronavirus-Impfstoff von Pfizer/BioNTech verfügt seit dem 21.12.2020 über eine vorläufige EU-weite Zulassung für Personen über 16 Jahre. Seit dem 03.05.2021 prüft die EMA zudem einen Antrag zur Ausweitung der Anwendung auf Jugendliche in der Altersgruppe zwischen 12 und 15 Jahren.

Außer dem Coronavirus-Impfstoff von Pfizer/BioNTech sind derzeit drei weitere Impfstoffe in der EU vorläufig zugelassen. Zudem laufen bei der EMA insgesamt vier „Rolling Reviews“, die möglicherweise zu weiteren Zulassungen führen könnten. Zuletzt hat die EMA am 04.05.2021 bekanntgegeben, sie habe ein „Rolling Review“ zum Coronavirus-Impfstoff des chinesischen Unternehmens Sinovac Life Sciences gestartet. Der zuständige Ausschuss für Humanarzneimittel (CHMP) der EMA begründete seine Entscheidung mit positiven, vorläufigen Ergebnissen aus Labor- und klinischen Studien. Einen Zeitplan für das Zulassungsverfahren des Impfstoffs von Sinovac nannte die EMA nicht.

[Pressemitteilung der EMA zu Pfizer/BioNTech](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der EMA zu Sinovac](#) (in englischer Sprache)

### **EU-Gremium aktualisiert Liste anerkannter COVID-19-Antigen-Schnelltests**

Die Kommission hat am 11.05.2021 mitgeteilt, dass sich der EU-Gesundheitssicherheitsausschuss auf eine Aktualisierung der gemeinsamen Liste von COVID-19-Antigen-Schnelltests geeinigt habe, einschließlich derer, die zwischen den Mitgliedstaaten gegenseitig anerkannt werden. Die aktualisierte Liste beinhaltet 83 Antigen-Schnelltests, von denen 35 gegenseitig anerkannt werden. Am 18.02.2021 hatte sich der EU-



Gesundheitssicherheitsausschuss erstmals auf eine gemeinsame Liste von COVID-19-Antigen-Schnelltests geeinigt, die auf EU-Ebene vereinbarte Mindestkriterien erfüllen (EB 04/21).

Mit diesen Vereinbarungen wird eine vom Rat am 21.01.2021 angenommene Empfehlung für einen einheitlichen Rahmen für den Einsatz und die Validierung von Antigen-Schnelltests und die gegenseitige Anerkennung der Ergebnisse von COVID-19-Tests in der EU (EB 02/21) umgesetzt. In der Empfehlung hatten sich die Mitgliedstaaten u. a. darauf geeinigt, eine gemeinsame Liste von geeigneten Antigen-Schnelltests zu erstellen, eine Auswahl von gegenseitig anzuerkennenden Antigen-Schnelltests festzulegen und einen gemeinsamen standardisierten Datensatz zu vereinbaren, der in Formblätter für Testergebnisbescheinigungen aufzunehmen ist.

[Aktualisierte Liste](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission startet öffentliche Konsultation zur EU-Gesetzgebung über Kinderarzneimittel und Arzneimittel für seltene Erkrankungen**

Die Kommission hat am 07.05.2021 eine öffentliche Konsultation zur EU-Gesetzgebung über Kinderarzneimittel und Arzneimittel für seltene Erkrankungen gestartet. Die Beteiligung an der Konsultation ist bis zum 30.07.2021 über ein Online-Portal möglich. Die Konsultation ist Teil der vorbereitenden Arbeiten an einem Legislativvorschlag zur Novellierung der einschlägigen Vorschriften, der für das 1. Quartal 2022 angekündigt ist.

Zuvor hatte die Kommission am 25.11.2020 eine Folgenabschätzung zur Revision der Verordnungen (EG) Nr. 1901/2006 über Kinderarzneimittel und (EG) Nr. 141/2000 über Arzneimittel für seltene Leiden vorgelegt (EB 19/20). Danach soll durch die Reform die Entwicklung von entsprechenden Arzneimitteln, insbesondere in Bereichen bisher ungedeckten medizinischen Bedarfs gefördert, der umfassende Zugang der Patienten zu Therapien sichergestellt sowie eine Anpassung der Gesetzgebung an den wissenschaftlichen Fortschritt erreicht werden. Gemeinsam mit dem in den Verordnungen geregelten Anreizsystem sollen auch die Vorschriften über ergänzende Schutzzertifikate für Arzneimittel überarbeitet werden. Die Folgenabschätzung basiert auf einer umfassenden Evaluierung der Verordnungen, die von der Kommission bereits im Jahr 2017 eingeleitet (EB 20/17) und am 11.08.2020 mit der Vorlage eines Evaluierungsberichts abgeschlossen worden war (EB 14/20).

[Konsultationsseite](#)

[Fahrplan zur Überarbeitung der Vorschriften](#)

### **Kommission stellt europäische Strategie für COVID-19-Therapeutika vor**

Die Kommission hat am 06.05.2021 eine europäische Strategie für COVID-19-Therapeutika vorgestellt. Die Strategie soll die Erforschung, Entwicklung und Bereitstellung von neuen COVID-19-Therapeutika fördern. Ziel



der Strategie ist es, bis Oktober 2021 die Zulassung von drei neuen COVID-19-Therapeutika zu erreichen. Bis Ende des Jahres 2021 sollen insgesamt bis zu fünf Therapeutika zugelassen sein.

Die Strategie sieht Maßnahmen in folgenden Schwerpunktbereichen vor: Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation; Unterstützung und rasche Genehmigung von klinischen Prüfungen; systematische Suche nach Therapeutika-Kandidaten; Sicherung von Lieferketten und der Bereitstellung von Arzneimitteln; größere Regulierungsflexibilität; gemeinsame Beschaffung und Bevorratung von Therapeutika auf EU-Ebene; sowie internationale Kooperation und Unterstützung für betroffene Nicht-EU-Staaten.

[EU-Therapiestrategie](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Kommission legt überarbeitete Industriestrategie vor**

Die Kommission hat am 05.05.2021 eine aktualisierte Fassung ihrer Industriestrategie vorgelegt (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB). Zu den Zielen der – im Lichte der Coronavirus-Pandemie erfolgten – Aktualisierung gehören die Stärkung der Resilienz des EU-Binnenmarktes sowie die Stärkung der strategischen Autonomie der EU.

Um diese Ziele zu erreichen, schlägt die Kommission u. a. die Einführung eines Notfallinstruments für den Binnenmarkt vor, um den freien Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr im Krisenfall zu gewährleisten. Dadurch soll dazu beigetragen werden, kritische Engpässe bei Produkten zu verhindern und die Zusammenarbeit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu verbessern. Die Kommission hat zudem eine detaillierte Analyse bestehender Abhängigkeiten, u. a. im Bereich der pharmazeutischen Wirkstoffe durchgeführt und angekündigt, auf die Diversifizierung internationaler Lieferketten und die Bildung neuer Industrieallianzen in strategischen Bereichen hinzuwirken.

[Pressemitteilung](#)

[Fragen und Antworten zur aktualisierten Industriestrategie](#)

### **Kommission startet öffentliche Konsultation zur Patientenmobilitätsrichtlinie**

Die Kommission hat am 04.05.2021 eine öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung gestartet. Die Beteiligung an der Konsultation ist bis zum 27.07.2021 über ein Online-Portal möglich.

Zuvor hatte die Kommission am 15.01.2021 einen Fahrplan zur Evaluierung der Richtlinie vorgelegt (EB 02/21). Der Kommission zufolge soll die Evaluierung u. a. folgende Bereiche umfassen: Aufgaben von Behandlungs- und Versicherungsmitgliedstaat, Verwaltungsverfahren und Vorabgenehmigungen für grenzüberschreitende Behandlungen, Anerkennung von Verschreibungen, Bereitstellung von Informationen für Patienten durch die Nationalen Kontaktstellen, Zusammenarbeit zwischen Grenzregionen sowie (Weiter-)Entwicklung der Europäischen Referenznetzwerke. Die Evaluierung wird zudem das Zusammenspiel der



Patientenmobilitätsrichtlinie mit der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit überprüfen.

[Konsultationsseite](#)

[Weiterführende Informationen zur Patientenmobilitätsrichtlinie](#)

### **Kommission startet öffentliche Konsultation zum Europäischen Gesundheitsdatenraum**

Die Kommission hat am 03.05.2021 eine öffentliche Konsultation zur Vorbereitung des Europäischen Gesundheitsdatenraums gestartet. Die Beteiligung an der Konsultation ist bis 26.07.2021 über ein Online-Portal möglich. Die Konsultation ist Teil der vorbereitenden Arbeiten für einen Legislativvorschlag zur Einrichtung des Europäischen Gesundheitsdatenraums, der im 4. Quartal 2021 vorgelegt werden soll.

Die Kommission hatte in ihrer am 19.02.2020 vorgestellten EU-Datenstrategie die Einrichtung von gemeinsamen europäischen Datenräumen in verschiedenen Sektoren, darunter im Gesundheitsbereich, vorgeschlagen. Durch den Europäischen Gesundheitsdatenraum sollen die Zugänglichkeit, das Teilen und die optimierte Verwendung von Gesundheitsdaten für die Gesundheitsversorgung und Sekundärzwecke – etwa die Forschung – in einer sicheren, datengeschützten und transparenten Weise gefördert werden. Am 23.12.2020 legte die Kommission eine Folgenabschätzung zur Vorbereitung eines Gesetzgebungsvorschlags vor (EB 01/21).

[Pressemitteilung](#)

[Konsultationsseite](#) (in englischer Sprache)

[Weiterführende Informationen zum Europäischen Gesundheitsdatenraum](#)

### **Kommission unterstützt Arbeiten an einem internationalen Pandemievertrag**

Die Kommission hat am 03.05.2021 einen Vorschlag zur Festlegung des Standpunkts der EU zum möglichen Abschluss eines neuen internationalen Vertrags zur Pandemiebekämpfung vorgelegt. Der Vorschlag legt die Haltung fest, die die EU bei der nächsten Tagung der Weltgesundheitsversammlung am 24.05.2021 - 01.06.2021 vertreten soll. Die Kommission schlägt vor, die Einleitung eines Verfahrens der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für ein neues Rahmenübereinkommen über Pandemievorsorge und -reaktion zu unterstützen. Die EU müsse die Möglichkeit erhalten, sich an den Vertragsverhandlungen und an dem fertigen Vertrag als Vertragspartei zu beteiligen.

Am 30.03.2021 hatten sich mehrere europäische Spitzenpolitiker in einer gemeinsamen Presse-Erklärung für den Abschluss eines internationalen Übereinkommens zur Vorbereitung und Reaktion auf zukünftige Pandemien ausgesprochen (EB 07/21). Das im Rahmen der WHO zu schließende Übereinkommen soll Ziele und Grundprinzipien der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung zukünftiger Pandemien festlegen.

[Vorschlag](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

---

### Kommission startet Konsultation zu Digitalgrundsätzen

Aufbauend auf die am 09.03.2021 veröffentlichte [Mitteilung „Digitaler Kompass 2030: der europäische Weg in die digitale Dekade“](#) hat die Kommission am 12.05.2021 eine Konsultation zur Formulierung von Grundsätzen zur Förderung und Wahrung der EU-Werte im digitalen Raum gestartet. Neben der bis zum 02.09.2021 laufenden öffentlichen Konsultation sollen auch spezifische Zielgruppen angehört werden, z. B. Kinder und Jugendliche, Organisationen, die vulnerable Gruppen vertreten und Experten-Panels. Die Grundsätze sollen Eingang finden in eine interinstitutionelle feierliche Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission. Einen Entwurf dieser Erklärung will die Kommission Ende 2021 vorlegen. Die Grundsätze sollen dann für alle in der EU lebenden Menschen durch eine breite Öffentlichkeitskampagne bekannt und sichtbar gemacht werden.

[Zur Konsultation](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### Kommission legt überarbeitete Industriestrategie vor

Die Kommission hat am 05.05.2021 ihre überarbeitete EU-Industriestrategie vorgelegt. Die Überarbeitung soll den neuesten Entwicklungen Rechnung tragen und Lehren aus der Corona-Krise ziehen (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB). Sie beschreibt u. a. das Vorhaben einer Allianz im Bereich Prozessor- und Halbleitertechnologien sowie einer Allianz für industrielle Daten, Edge- und Clouddienste. Diese Allianzen sollen dazu beitragen, die wichtigsten politischen Ziele der EU im Bereich Mikroelektronik zu erreichen und die Stellung der europäischen Industrie auf dem globalen Markt für Cloud- und Edge-Computing zu stärken. Dabei werde insbesondere auf den Trend zu einer stärkeren Verbreitung und Dezentralisierung von Datenverarbeitungskapazitäten und auf die Notwendigkeit, die Voraussetzungen für zusammenschlossene und nicht anbietergebundene Cloud-Ökosysteme zu schaffen, reagiert.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Überarbeitete EU-Industriestrategie](#) (in englischer Sprache)

### Fünfter EU-Datathon: Wettbewerb der Kommission für Open Data Anwendungen

Bis zum 21.05.2021 hatten Teilnehmer am [fünften EU-Datathon](#) Zeit, Vorschläge für die Entwicklung einer Anwendung, die offene Datensätze verknüpft und nutzt, einzureichen. Mit dem Wettbewerb soll die Nutzung offener Daten, die von EU-Institutionen produziert werden und auf dem EU Open Data Portal verfügbar sind, gefördert werden. Eingereichte Anwendungsvorschläge sollen den Nutzen von offenen Daten für konkrete Geschäftsmodelle und Sozialunternehmen aufzeigen. Der Wettbewerb ist in die drei Themenbereiche, „Ein europäischer Grüner Deal“, „Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“ und „Ein Europa für das digitale





Zeitalter“, gegliedert. Die neun besten Teams werden eingeladen, ihre Vorschläge umzusetzen und die Anwendungen am 25.11.2021 bei den virtuellen EU Open Data Days zu präsentieren. Dort werden die drei Gewinner ausgewählt, die Preisgelder erhalten.

### **Plenum des Europäischen Parlaments nimmt Initiativbericht zu KI in Bildung, Kultur und audiovisuellem Sektor an**

Am 19.05.2021 nahm das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) den [Initiativbericht](#) des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT) zu Künstlicher Intelligenz (KI) in der Bildung, der Kultur und dem audiovisuellen Bereich mit 623 Stimmen, 12 Gegenstimmen und 61 Enthaltungen an. Darin fordern sie, alle Technologien so zu regulieren und schulen, dass sie Nicht-Diskriminierung, Geschlechtergleichheit, Pluralismus sowie kulturelle und sprachliche Vielfalt schützen. Die Berichterstatterin und Vorsitzende des CULT *Sabine Verheyen* (EVP/DEU) sagte in der Plenaraussprache, sie sehe keine Notwendigkeit, alle KI-Anwendungen im Bildungsbereich als „Hochrisiko“ einzustufen. Menschen müssten aber immer die Verantwortung, Kontrolle und das letzte Wort haben. Die Abgeordneten fordern im Bericht zudem, dass ein europäischer Rechtsrahmen für KI auch deren Missbrauch zur Verbreitung von Fake News und Desinformationen adressieren sollte.